



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2014

Heiko Biehl
Chariklia Höfig
Meike Wanner

Forschungsbericht 111

August 2015

Die in der vorliegenden Publikation vorgetragenen Ansichten und Meinungen sind ausschließlich diejenigen der Autoren und geben nicht notwendigerweise die Sicht oder die Auffassung des Bundesministeriums der Verteidigung wieder.

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren
Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam
Tel.: 0331 9714 486
E-Mail: zmsbwmilitaersozioogie@bundeswehr.org
Internet: www.zmsbw.de

© ZMSBw

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Belege erbeten.
„Einer entgeltlichen Weitergabe dieses Dokuments, sei es in elektronischer Form oder Papierform, wird widersprochen.“

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Sicherheits- und verteidigungspolitisches
Meinungsklima in der
Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2014

Heiko Biehl
Chariklia Höfig
Meike Wanner

Forschungsbericht 111

Potsdam, August 2015

Inhaltsverzeichnis

1	Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick	5
	<i>Heiko Biehl, Chariklia Höfig, Meike Wanner</i>	
2	Methodisches Design der Studie	9
	<i>Chariklia Höfig</i>	
3	Subjektive Sicherheit.....	17
	<i>Chariklia Höfig</i>	
4	Einstellungen zum Ukraine-Konflikt	27
	<i>Chariklia Höfig</i>	
5	Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr.....	31
	<i>Heiko Biehl</i>	
6	Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands.....	38
	<i>Heiko Biehl</i>	
7	Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zur Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr	42
	<i>Meike Wanner</i>	
8	Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr.....	50
	<i>Meike Wanner</i>	
9	Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Bewertung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr	52
	<i>Meike Wanner</i>	
	Literaturverzeichnis	60

1 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

Heiko Biehl, Chariklia Höfig, Meike Wanner

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)¹ hat im IV. Quartal 2014 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger durchgeführt. Diese Studie wird bereits seit 1996 regelmäßig realisiert und stellt damit die längste und aktuellste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar.

Der vorliegende Forschungsbericht präsentiert die wesentlichen Ergebnisse der Befragung im Jahr 2014 und zeigt – wo möglich – den Verlauf der sicherheitspolitischen Einstellungen über die letzten Jahre hinweg. Dieser Bericht dient vorrangig der Dokumentation der erhobenen Daten und Befunde sowie deren problembezogener Kontextualisierung. Er richtet sich an all diejenigen aus Politik, Wissenschaft, Bundeswehr, Medien und Öffentlichkeit, die sich für das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zur Bundeswehr, zur Sicherheitspolitik und zu den Auslandseinsätzen interessieren. Diejenigen, die stärker an einer auf die akademische Diskussion ausgerichteten Aufbereitung der Daten und weiterführenden Analysen interessiert sind, seien auf den bei Springer VS erschienenen Sammelband „Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Befunde, Methoden“ verwiesen. (vgl. Biehl/Schoen 2015)

Die Daten der aktuellen Befragung wurden im Zeitraum vom 1. November bis 7. Dezember 2014 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) erhoben. Befragt wurden 2 456 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in Deutschland leben (weitere Angaben zum methodischen Design vgl. Abschnitt 2). Nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse:

¹ Das im Januar 2013 aufgestellte ZMSBw integriert die beiden Vorläufereinrichtungen: das ehemalige Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) und das ehemalige Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA).

1. Subjektive Sicherheit → Abschnitt 3

- Insgesamt schätzen 79 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die derzeitige Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland als sehr (21 Prozent) oder eher sicher (58 Prozent) ein.
- Persönlich fühlen sich acht von zehn Befragten sehr (30 Prozent) oder eher sicher (52 Prozent), nur ein geringer Teil fühlt sich unsicher (6 Prozent).
- Bedrohungen werden sehr differenziert wahrgenommen, wobei ökologische und sozioökonomische Faktoren in der Perzeption der Befragten dominieren. Militärische Gefahren werden dagegen seltener als bedrohlich empfunden.

2. Einstellungen zum Ukraine-Konflikt → Abschnitt 4

- Vier von zehn Befragten machen sich angesichts des Konflikts in der Ukraine Sorgen, dass es zu einem neuen „Kalten Krieg“ zwischen Russland und dem Westen kommt.
- Bezüglich der Rolle, die Deutschland im Konflikt einnehmen soll, gibt es unterschiedliche Meinungen in der Bevölkerung. Die Mehrheit spricht sich für eine Vermittlerrolle (55 Prozent) aus, die Hälfte meint, Deutschland sollte fest an der Seite der westlichen Bündnispartner stehen und eine relative Mehrheit findet, man solle sich möglichst heraushalten (42 Prozent).

3. Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr → Abschnitt 5

- Der weit überwiegende Teil der Befragten hat eine positive Einstellung zur Bundeswehr. Wie seit Jahren genießen die deutschen Streitkräfte quer durch alle sozialen Gruppierungen ein hohes Ansehen. Im Vergleich zu 2013 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.
- Für die meisten Befragten ist die Bundeswehr ein selbstverständlicher Bestandteil von Staat und Gesellschaft. Ihre Funktionalität und normative Verankerung werden weithin anerkannt. Emotionale Bekenntnisse zu den Streitkräften sind hingegen seltener.
- Der Bundeswehr wird – auch im Vergleich zu anderen Einrichtungen des öffentlichen Lebens – ein hohes Vertrauen entgegengebracht. Im Vergleich zu 2013 büßt die Bundeswehr etwas an Vertrauen ein.

4. Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

➔ Abschnitt 6

- Die Bundesbürger sind sich darin weitgehend einig, dass die internationale Verantwortung Deutschlands in den letzten Jahren gestiegen ist.
- Aus dieser gestiegenen Verantwortung leiten die Befragten ihre Unterstützung für ein humanitäres Engagement und für Maßnahmen zum Schutz und zur Stabilität Deutschlands ab. Geringere Zustimmung erfahren Initiativen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sowie zur Wirtschaftsentwicklung in ärmeren Ländern.

5. Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zur Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr ➔ Abschnitt 7

- Etwa jeder dritte Bundesbürger (32 Prozent) ist der Ansicht, dass die Verteidigungsausgaben zukünftig erhöht werden sollten. 46 Prozent sind dafür, die aktuelle Höhe der Ausgaben beizubehalten und lediglich 12 Prozent sprechen sich für eine Verringerung des Verteidigungsetats aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Befragten, die für eine Erhöhung der Ausgaben votieren, um 13 Prozentpunkte gestiegen (2013: 19 Prozent; 2014: 32 Prozent).
- Ähnlich deutlich ist die Zustimmung dafür gestiegen, die Personalstärke der Bundeswehr zukünftig zu erhöhen (+11 Prozentpunkte) (2013: 18 Prozent; 2014: 29 Prozent).
- Die Frage, ob die Bundeswehr zukünftig mit bewaffneten Drohnen ausgerüstet werden sollte, bejahen 35 Prozent der Bundesbürger, 53 Prozent lehnen das ab und 12 Prozent wählen die Antwortkategorie „Weiß nicht/keine Angabe“. Im Vergleich zum Vorjahr konnten sich die Bundesbürger eher eine Meinung zu diesem Thema bilden (Anteil „Weiß nicht/keine Angabe“ 2013: 26 Prozent). Auch wenn bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr immer noch mehrheitlich abgelehnt werden, ist die Einstellung der Bevölkerung im Zeitvergleich etwas positiver geworden.

6. Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr ➔ Abschnitt 8

- Die allermeisten Aufgaben der Bundeswehr finden die Unterstützung der Bevölkerung. Die größte Zustimmung erhalten die Aufgabenbereiche, die sich durch einen direkten Bezug zur Sicherheit Deutschlands bzw. deutscher Staatsbürger auszeich-

nen. Die Bundeswehr sollte demnach eingesetzt werden, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren (93 Prozent) oder um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren (80 Prozent).

- Humanitäre Einsätze finden ebenfalls eine breite Unterstützung, z.B. um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen (92 Prozent) oder um einen Völkermord zu verhindern (66 Prozent).
- Nur etwas mehr als jeder dritte Befragte (37 Prozent) spricht sich dafür aus, dass die Bundeswehr eingesetzt werden sollte, um „in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen“.

7. Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Bewertung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr → Abschnitt 9

- Die Bevölkerungsmehrheit hat von fast allen im Rahmen der Studie abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr zumindest schon einmal etwas gehört oder gelesen. Doch nur wenige kennen zumindest einige Fakten. Viele wissen nichts Konkretes. Eine Ausnahme ist der Einsatz in Afghanistan, über den die Mehrheit (61 Prozent) nach eigener Aussage besser informiert ist („kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ bzw. „kenne einige Fakten“).
- Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden jeweils von einem beachtlichen Anteil der Bevölkerung abgelehnt. Die einzige Mission, die eher befürwortet als abgelehnt wird, ist der Bundeswehreinsatz im Kosovo (Zustimmung: 34 Prozent; Ablehnung: 32 Prozent). Am deutlichsten ist die Ablehnung des ISAF-Einsatzes in Afghanistan (Zustimmung: 26 Prozent; Ablehnung: 43 Prozent). Viele Befragte können sich bei dieser Frage keine eindeutige Meinung bilden (Anteile „Teils/teils“ und „Weiß nicht/keine Angabe“ von 32 bis 48 Prozent).
- Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan wird nur von einer Minderheit (18 Prozent) als erfolgreich wahrgenommen. Ein weiteres Drittel sieht ihn zumindest teilweise als einen Erfolg an. Der Anteil der Befragten, die diesen Einsatz als einen Misserfolg bewerten, hat im Laufe der letzten Jahre zugenommen: 2008 lag dieser Wert bei insgesamt 17 Prozent und 2014 bei 38 Prozent.
- Die Frage, ob sich Deutschland in nächster Zeit noch einmal an einem Auslandseinsatz wie dem ISAF-Einsatz in Afghanistan beteiligen sollte, wird mehrheitlich abgelehnt (57 Prozent). Besonders ausgeprägt ist die Skepsis bei den Älteren (63 Prozent) und im Osten Deutschlands (70 Prozent).

2 Methodisches Design der Studie

Chariklia Höfig

Untersuchungsgegenstand

In der Bevölkerungsbefragung 2014 des ZMSBw wurden Einstellungen und Meinungen zu einer Vielzahl von sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen erhoben. Das Themenspektrum der Umfrage umfasste die in Tabelle 2.1 veranschaulichten Aspekte. Diese sind zu Darstellungszwecken thematisch sortiert und spiegeln nicht die Reihenfolge der Fragen (Items) im Fragebogen wider. Zum Themenfeld „Subjektive Sicherheit“ wurde die subjektive Bedrohungs- und Sicherheitsperzeption der deutschen Bevölkerung erfasst. Dazu wurden das Sicherheitsempfinden auf persönlicher und staatlich-kollektiver Ebene sowie individuell wahrgenommene sozioökonomische, ökologische und militärische Bedrohungen gemessen. Darüber hinaus wurden in die Untersuchung Fragen zum Konflikt in der Ukraine aufgenommen. Dabei hatten die Befragten einerseits die Möglichkeit, zur empfundenen Bedrohung und andererseits zur Rolle Deutschlands im Konflikt Stellung zu nehmen. Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr wurden mittels einer Vielzahl von Items systematisch erfasst, indem die persönliche Einstellung und die empfundene Bedeutung der Bundeswehr insgesamt sowie in einer jeweils umfangreichen Itematterie die affektive und kognitive Komponente der Einstellung gemessen wurde. Um das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft eingehender zu beleuchten, wurden dessen emotionale und normative Dimension sowie die den Streitkräften zugeschriebene Legitimität untersucht.

Im Themenfeld „Deutsche Sicherheitspolitik“ wurde geprüft, wie die Bürgerinnen und Bürger zu außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen und zum außenpolitischen Engagement Deutschlands stehen. Dazu wurde die subjektiv empfundene Relevanz verschiedener außen- und sicherheitspolitischer Schwerpunkte der Bundesregierung, die angenommene Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene und die Einstellung zum außenpolitischen Engagement evaluiert. Im Themenfeld „Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik“ wurde eingehender geprüft, welche Rolle bzw. Relevanz die Bürger den Streitkräften innerhalb der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuschreiben. Dazu wurde die Unterstützung der Befragten für verschiedene konkrete Aufgaben des Militärs im In- und Ausland und die Meinung der Bürger zu Ausgaben, Personalstärke und Ausstattung der Bundeswehr erfragt. Des Weiteren wurde die Bekanntheit aktueller Auslandseinsätze und deren Akzeptanz gemessen.

Tabelle 2.1: Themen der Studie

Subjektive Sicherheit
<ul style="list-style-type: none"> • Subjektives Sicherheitsgefühl (2 Items) • Sozioökonomische, ökologische und sicherheitspolitische/militärische Bedrohungen (10 Items)
Einstellungen zum Ukraine-Konflikt
<ul style="list-style-type: none"> • Bedrohungsperzeption (1 Item) • Rolle Deutschlands (6 Items)
Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Einstellung und Bedeutung (2 Items) • Affektive und kognitive Einstellungsdimensionen (24 Items) • Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft (6 Items)
Deutsche Sicherheitspolitik
<ul style="list-style-type: none"> • Relevanz außen- und sicherheitspolitischer Schwerpunkte (12 Items) • Einstellung zum außenpolitischen Engagement (2 Items)
Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik
<ul style="list-style-type: none"> • Einstellung zu Aufgaben im In- und Ausland (11 Items) • Meinung zu Ausgaben, Personalstärke und Ausstattung (3 Items) • Bekanntheit Auslandseinsätze (7 Items) • Gesellschaftliche Unterstützung der Einsätze (7 Items) • Bewertung ISAF-Einsatz (2 Items)
Verhalten gegenüber der Bundeswehr/Arbeitgeberattraktivität
<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützende/ablehnende Aktivitäten (8 Items) • Empfehlung als Arbeitgeber (5 Items)
Institutionenvergleich
<ul style="list-style-type: none"> • Vertrauen gegenüber verschiedenen Institutionen (15 Items) • Vertrauen gegenüber der Bundeswehr (2 Items)
Präsenz und Wirkung der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none"> • Medienkonsum (12 Items) • Persönliche und mediale Wahrnehmung der Bundeswehr (14 Items)
Eigenschaften der Befragten
<ul style="list-style-type: none"> • Soziodemografische Merkmale (9-10 Items) • Ideologische und parteipolitische Orientierung (2 Items) • Militärische Sozialisation bzw. persönliche Bindung zu Streitkräften (5-6 Items) • Verteidigungspolitisches Interesse und Partizipation, politische Efficacy (12 Items) • Einstellung zu und Erfahrungen mit Umfragen (10-13 Items) • Persönlichkeitsmerkmale (10 Items)
Interviewsituation
<ul style="list-style-type: none"> • Befragungssituation (9-10 Items) • Motivation des Befragten (1-2 Items) • Zuverlässigkeit der Angaben (2-3 Items) • Merkmale des Interviewers (6 Items)

Inwieweit sich die Einstellung der Bürger gegenüber der Bundeswehr in ihrem Verhalten niederschlägt, kann mit den Items im Themenfeld „Verhalten gegenüber der Bundeswehr“ überprüft werden. In diesem wurde nach verschiedenen Aktivitäten gefragt, welche die Unterstützung bzw. Ablehnung der Bundeswehr ausdrücken. Auch eine potenzielle Weiterempfehlung der Bundeswehr als Arbeitgeber wurde erfasst. Im „Institutionenvergleich“ wurde das Vertrauen der Bürger in die Bundeswehr im Vergleich zu anderen Einrichtungen und Organisationen betrachtet und nach den Gründen für Vertrauen bzw. Misstrauen gefragt.

Als erklärende Variablen für andere Themenbereiche und Variablen wurden die „Präsenz und Wirkung der Bundeswehr“ gemessen. Dazu wurden einerseits der Medienkonsum der Befragten sowie andererseits die Wahrnehmung der Bundeswehr in verschiedenen Medien bzw. im persönlichen Umfeld und der entstandene Eindruck erhoben.

Neben diesen Faktoren können „Eigenschaften der Befragten“ selbst helfen, Einstellungsdispositionen zu erklären. Gemeint sind vor allem soziodemografische Merkmale wie bspw. Geschlecht, Alter und Bildung. Auch die militärische Sozialisation bzw. die persönliche Bindung einer Person zu den Streitkräften können sicherheits- und verteidigungspolitische Ansichten beeinflussen und wurden daher in der Befragung erhoben. Gleiches gilt für die ideologische und parteipolitische Orientierung, die Stärke der eigenen Meinung zu verteidigungspolitischen Themen, das verteidigungspolitische Interesse und entsprechende Teilhabe sowie die individuelle politische Kompetenzbewertung der eigenen Person. Darüber hinaus können diese Variablen genutzt werden, um methodische Effekte der Messung von sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen in unseren Befragungen zu analysieren und zu kontrollieren und so die Messung insgesamt zu verbessern. In der Studie im Jahr 2014 wurden dafür weitere Kontrollvariablen, wie die Einstellung zu und die Erfahrung mit Meinungsbefragungen und Persönlichkeitsmerkmalen der Befragten, erhoben.

Zudem wurde die „Interviewsituation“ in einem separaten Fragebogen vom Interviewer dokumentiert. Hierbei wurden verschiedene Aspekte der Befragungssituation, die Motivation des Befragten und die Zuverlässigkeit der gemachten Angaben durch den Interviewer eingeschätzt. Ferner stellte das Umfrageinstitut, welches die Datenerhebung durchführte, in anonymisierter Form Informationen (soziodemografische Merkmale und Interviewerfahrung) über die Interviewer bereit.

Um neben diesen Methodeneffekten, die infolge der Merkmale des Befragten, der Interviewsituation und der Eigenschaften des Interviewers auftreten können, auch die Wirkung des Messinstruments selbst auf die Umfrageergebnisse greifbarer zu machen, wurde mithilfe eines Split-Ballot-Experiments der Einfluss der angebotenen Antwort-

skala untersucht. Das Experiment wird im folgenden Abschnitt „Studiendesign“ näher erläutert.

Studiendesign

In der vom ZMSBw (früher durch das SOWI) jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung werden seit 1996 zahlreiche Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben. Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Veränderung der gemessenen Einstellungsmerkmale zu treffen.²

Auswahlverfahren

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen der Stichprobe erfolgte zufällig, sodass jedes Element der Grundgesamtheit eine Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.³ Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, welches den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 2.2).

Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points (Gebiet der BRD in etwa 53 000 Flächen) abgegrenzt, daraus anschließend Haushalte nach dem

² Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatdatenebene (ähnlich eines Trenddesigns).

³ Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit.

Random-Route-Prinzip⁴ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel⁵ ausgewählt.

Tabelle 2.2: Vertrauensintervall für Stichproben

Anteilswert des Merk- mals (p)	Stichprobenumfang (n)									
	100	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2500
5	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0
10	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
15	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
20	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
25	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
30	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
35	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
40	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
45	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
50	11,6	7,3	5,2	4,2	3,7	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
55	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
60	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
65	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
70	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
75	10	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
80	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
85	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
90	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
95	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0

Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2 500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit im Bereich von 23 Prozent (25 – 2) bis 27 Prozent (25 + 2).

Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen: $P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p * (1 - p)}{n}}$

⁴ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

⁵ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

Methodenexperimente

Um erstmals systematisch und umfassend Methodeneffekte bzw. Messfehler (Artefakte) in den Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsklima zu analysieren, wurden, wie eingangs angesprochen, in die Umfrage einerseits zahlreiche zusätzliche Variablen⁶ sowie andererseits ein Split-Ballot-Experiment integriert. So kann geprüft werden, welchen Einfluss die Entscheidung für oder gegen eine neutrale Mittelkategorie in der Antwortskala eines Fragebogens auf die Ergebnisse der Befragung hat (Instrumenteneffekt). In diesem experimentellen Design war die Gesamtstichprobe zufällig aufgeteilt, wobei ein Teil der Befragten bei 44 Items⁷ eine 4-stufige Antwortskala und die andere Gruppe zusätzlich eine Mittelloption (5-stufige Skala) angeboten bekam.

Neben diesem Hauptexperiment wurde zudem anhand einer kleineren Stichprobe, in der die Befragten bei den gleichen Items eine endpunktebenannte Antwortskala mit sieben Stufen erhielten, der Einfluss der Skalenlänge gemessen. Das Methodenexperiment wurde zeitlich parallel sowohl in der hier vorgestellten Erhebung mit persönlichen Interviews (CAPI) als auch in der telefonisch durchgeführten Befragung (CATI) des ZMSBw zum Image und Claim der Bundeswehr durchgeführt, um Effekte aufgrund der Erhebungsmethode überprüfen und kontrollieren zu können.

Datenerhebungstechnik und Feldphase

Der standardisierte Fragebogen und die darin enthaltenen Methodenexperimente wurden am ZMSBw entwickelt. Die Überprüfung des Fragebogens (klassischer Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos Operations GmbH durchgeführt.⁸ Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa fünf Wochen (1. November bis 7. Dezember 2014) 2 456 Nettointerviews⁹ durchgeführt, davon per Zufallsauswahl 1 030 Interviews im

⁶ Bspw. Political Efficacy, politisches Interesse und Partizipation, Einstellungen/Erfahrungen mit Umfragen und Persönlichkeitsmerkmale (Befragteigenschaften) sowie alle Variablen zur Interviewsituation und Latenzzeitmessung (Reaktionszeit der Befragten).

⁷ Betrifft 6 Items zum Verhältnis Bundeswehr und Gesellschaft, 2 Items zur persönlichen Einstellung gegenüber und Bedeutung der Bw, 24 Items zur affektiven und kognitiven Einstellung zur Bw sowie 12 Items zur Relevanz außen- und sicherheitspolitischer Schwerpunkte.

⁸ Die Autoren des Forschungsberichts standen während der gesamten Feldphase in engem Kontakt mit Ipsos.

⁹ Ursprünglich 2 458 Interviews (Datenlieferung durch Ipsos), 2 Fälle wurden nach Qualitätskontrolle und Datenbereinigung durch das ZMSBw aus dem Datensatz entfernt.

Split A, 956 Interviews im Split B und 470 Interviews im Split C (gewichtete Daten).¹⁰ Insgesamt waren 446 erfahrene und geschulte Interviewer im Einsatz, davon 225 weiblich und 221 männlich. Die Erfahrung der Interviewer reicht von unter einem Jahr bis zu 33 Jahren, im Mittel sind die Interviewer seit knapp 8 Jahren bei dem Umfrageinstitut beschäftigt ($\bar{x} = 7,8$; $sd = 6,3$)¹¹. Durchschnittlich wurden von jedem Interviewer sechs Befragungen durchgeführt. Die Befragung selbst dauerte im Mittel etwa 48 Minuten ($\bar{x} = 47,8$; $sd = 12,7$), das kürzeste wurde nach 27 und das längste nach 91 Minuten abgeschlossen. Bezüglich der Interviewdauer gibt es zwischen den drei Splitgruppen keine signifikanten Unterschiede.

Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet (vgl. Tabelle 2.3), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.¹²

¹⁰ Ungewichtet: 997 Interviews im Split A, 1 024 Interviews im Split B und 435 Interviews im Split C.

¹¹ Erläuterungen: \bar{x} – arithmetisches Mittel (durchschnittlicher Wert aller Messwerte); sd – Standardabweichung (Streuung der Werte). Ausführlicher in einschlägiger Statistikk-literatur nachzulesen, bspw. Sedlmeier/Renkewitz 2013: insb. 187-191.

¹² Es wurden zwei Gewichtungsvariablen zur Verfügung gestellt, diese unterscheiden sich in der Klassifizierung der Ortsgrößen (BIK-Gemeindegrößen und politische Ortsgröße; vgl. ADM 2014: 239-278). In dem vorliegenden Bericht wurde mit der Gewichtung, die die politische Ortsgröße verwendet, gerechnet, da diese auch in den letzten Jahren genutzt wurde (Vergleichbarkeit). Das Umfrageinstitut arbeitet dabei mit Sollvorgaben, die dem Tageszeitungsdatensatz der Mediaanalyse (ma) aus dem Jahr 2014 entnommen sind.

Tabelle 2.3: Grundgesamtheit und Stichprobe nach Split

Stichprobe: gewichtete Daten (Angaben in Prozent)					
	Grundgesamtheit	Stichprobe			
		Gesamt	Split A	Split B	Split C
Geschlecht					
Männer	49	51	49	46	53
Frauen	51	49	51	54	46
Alter					
16 bis 29 Jahre	5	5	6	5	3
20 bis 29 Jahre	14	14	16	12	15
30 bis 39 Jahre	14	14	12	15	13
40 bis 49 Jahre	19	19	17	20	18
50 bis 59 Jahre	18	18	15	18	21
60 bis 69 Jahre	13	13	13	12	14
70 Jahre und älter	18	18	19	18	16
Bildungsabschluss					
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	28	32	33	29	36
Realschulabschluss	32	28	27	32	25
Hauptschulabschluss oder niedriger	40	40	40	40	38
Region					
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16	16	19	16	10
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN,TH)	20	20	18	26	13
Süddeutschland (BW, BY)	28	28	27	25	40
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	36	37	34	37

Anmerkung: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

Datenbasis: Grundgesamtheit: Mediaanalyse (ma) aus dem Jahr 2014 (Tageszeitungsdatensatz); Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

3 Subjektive Sicherheit

Chariklia Höfig

„Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen.“ (Gauck 2014) Bundespräsident Joachim Gauck sprach zu Beginn seiner Eröffnungsrede auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz einen wesentlichen Aspekt des Sicherheitsbegriffs an: Sicherheit ist ein essenzielles Grundbedürfnis des Menschen (vgl. Maslow 1943). Nicht zuletzt deshalb sind die Sicherheit und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger als zentrale Wertebegriffe in unserer Gesellschaft und als Kernaufgabe der Bundeswehr fest verankert. Im sicherheitspolitischen Diskurs jedoch wird der Begriff der Sicherheit sehr unterschiedlich verwendet und vielfach diskutiert.

Der Wortherkunft nach beschreibt Sicherheit (lat. „securus“ bzw. „securitas“) einen Zustand „ohne Sorge“ bzw. der Sorglosigkeit (vgl. Brunner 1984). Diese Negativbestimmung des Terminus, also das Fehlen von Sorgen oder Bedrohungen, findet sich ebenfalls in zahlreichen Arbeiten zum Sicherheitsbegriff wieder. Im Wörterbuch zur Sicherheitspolitik wird Sicherheit beispielsweise definiert als ein „Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen [...]“ (vgl. Meier/Nelte/Huhn 2008: 410). Deutlich wird an dieser Stelle der dem Sicherheitsbegriff zugeschriebene konstruierte Charakter, wonach (Un-)Sicherheit individuell empfunden und keine, aus der realen Sicherheitslage resultierende, objektive Tatsache ist. Diese Auffassung findet sich ebenso in zahlreichen neueren Sicherheitsdiskursen wieder, wobei immer wieder über die Unterscheidung von objektiver bzw. objektivierter und subjektiver Sicherheit sowie über die Legitimität des Einflusses letzterer auf realpolitische Entscheidungen diskutiert wird (vgl. Armbrorst 2014; Haverkamp 2014; Daase 2012; Gusy 2010; Noll 1994). Empirische Arbeiten betonen zudem die Diskrepanz zwischen objektiver Sicherheit (Statistiken) und subjektiv wahrgenommener Sicherheit in der Bevölkerung (vgl. bspw. Gigerenzer 2013; Windzio et al. 2007: 19 f.).¹³ Da es in der vorliegenden Studie um das sicherheitspolitische Meinungsklima in der deutschen Bevölkerung geht, wurde in der Befragung letzteres gemessen.

Das Gefühl der Sicherheit ist überaus komplex und wird, neben der realen sicherheitspolitischen Lage (faktische Gefahren), durch eine Vielzahl von anderen Einflussfakto-

¹³ Windzio und Kollegen finden bspw. erhebliche Unterschiede zwischen der polizeilichen Kriminalitätsstatistik und der Kriminalitätswahrnehmung in der Bevölkerung.

ren, wie bspw. individuelle und soziale Merkmale und Prädispositionen, persönliche Erfahrungen, politische Vorgaben und nicht zuletzt maßgeblich durch die Berichterstattung in den modernen Massenmedien – Stichwort Verfügbarkeitsheuristik (vgl. bspw. Arson/Wilson/Akert 2008: 72) – determiniert (vgl. Hummelsheim/Oberwittler 2014; Krasmann et al. 2014; Daase 2010).¹⁴ (Subjektive) Sicherheit ist demnach immer sozial konstruiert und zudem äußerst vielschichtig. Letzteres bezieht sich vor allem auf die verschiedenen Dimensionen des Sicherheitsbegriffs, die im Zuge der veränderten welt-politischen Lage und dem damit entstandenen Konzept der Vernetzten Sicherheit zu einer „Erweiterung“ des Sicherheitsbegriffs geführt haben. Neben klassisch militärischen Aspekten wurden daher auch sozioökonomische und ökologische Bedrohungen in die vorliegende Untersuchung einbezogen.

Analog zum sozialpsychologischen Verständnis von Einstellung (vgl. bspw. Arson/Wilson/Akert 2008: 194-199), wird angenommen, dass die subjektive Einschätzung von Sicherheit eine affektive, eine kognitive und eine Verhaltenskomponente besitzt (vgl. Hummelsheim/Oberwittler 2014: 56). Davon ausgehend, dass Bedrohungswahrnehmungen der affektiven und Risikowahrnehmungen der kognitiven Dimension von Sicherheit zugeschrieben werden können, fokussiert die folgende Analyse auf die gefühlsmäßige Komponente von Sicherheit (vgl. Krasmann et al. 2014: 32). Hierbei wird die Wahrnehmung von militärischen, sozioökonomischen und ökologischen Bedrohungen auf der persönlichen Ebene betrachtet sowie deren Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung insgesamt sowohl auf der persönlichen als auch auf der gesellschaftlichen bzw. nationalstaatlichen Referenzebene untersucht.

Aufgrund des multidimensionalen Charakters des Sicherheitsbegriffs ist es umso schwerer, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung theoretisch sowie empirisch greifbar zu machen. Bereits die theoretische Begriffsbestimmung determiniert, „welche Gefahren wahrgenommen werden, welche Themen Priorität erhalten und welche Strategien als angemessen angesehen werden“ (Krasmann et al. 2014: 137). Ebenso wird durch die Operationalisierung von Sicherheit, also der Zuordnung von beobachtbaren Indikatoren zu dem theoretischen Konstrukt Sicherheit, sowie ferner durch den Messvorgang selbst, maßgeblich bestimmt bzw. begrenzt, welche Facetten der Sicherheit überhaupt erfasst werden können (vgl. Krasmann et al. 2014; Biemer 2010).¹⁵ Die im

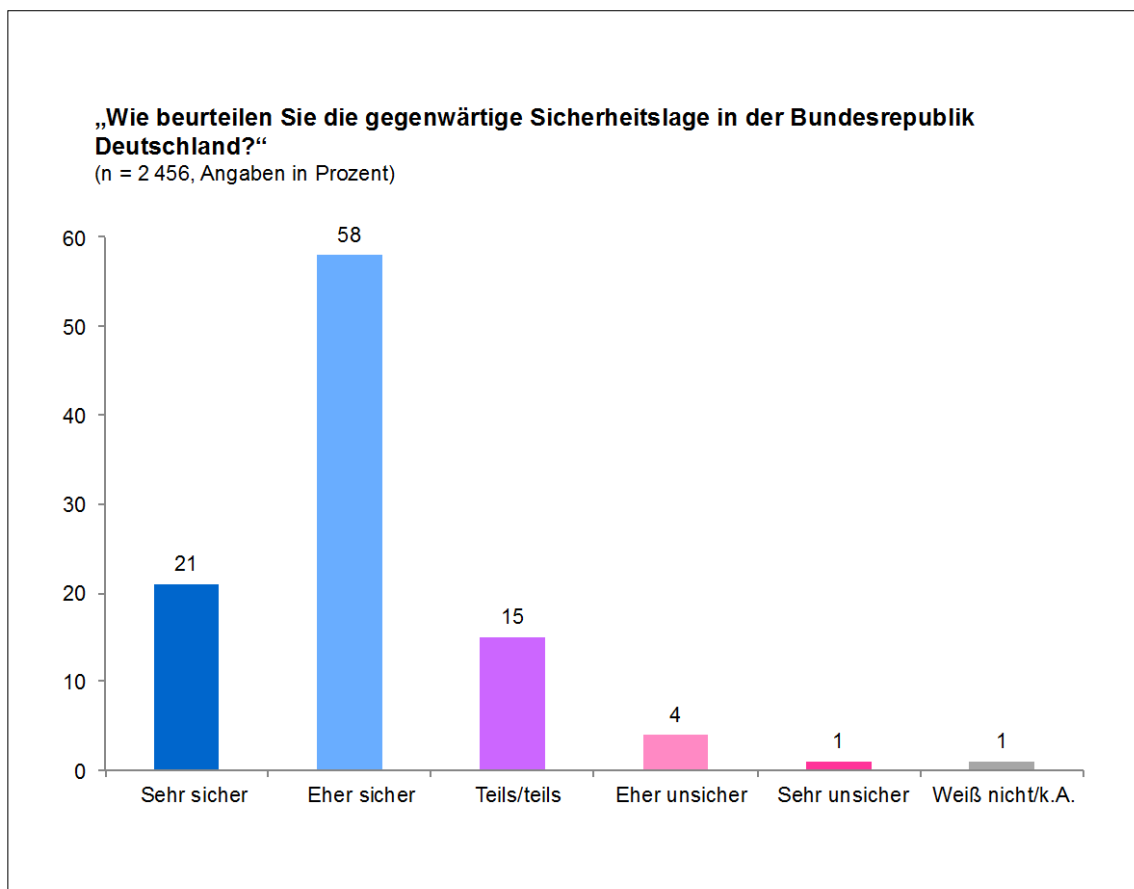
¹⁴ Eine gute, kurze Übersicht zur Entstehung von Unsicherheitsgefühlen: Hummelsheim/Oberwittler 2014 (v.a. 56–59); auch: Daase 2010, 2012. Zur Rolle der Medien: bspw. Krasmann et al. 2014 (v.a. 49–61).

¹⁵ Zur Methodenkritik an der Messbarkeit von Sicherheitsgefühlen in Bevölkerungsbefragungen genauer: Krasmann et al. 2014, insbesondere 31, 45 f. Zu methodischen Artefakten (Messfehlern) in Umfragen allgemein: bspw. Biemer 2010.

Folgenden präsentierten empirischen Ergebnisse geben insofern einen Ausschnitt des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung wieder.

Insgesamt schätzen die meisten Befragten die derzeitige Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland als sehr sicher (21 Prozent) oder eher sicher (58 Prozent) ein (vgl. Abbildung 3.1). 15 Prozent sind geteilter Meinung und nur wenige bewerten die Situation als eher unsicher (4 Prozent) bzw. sehr unsicher (1 Prozent).

Abbildung 3.1: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage

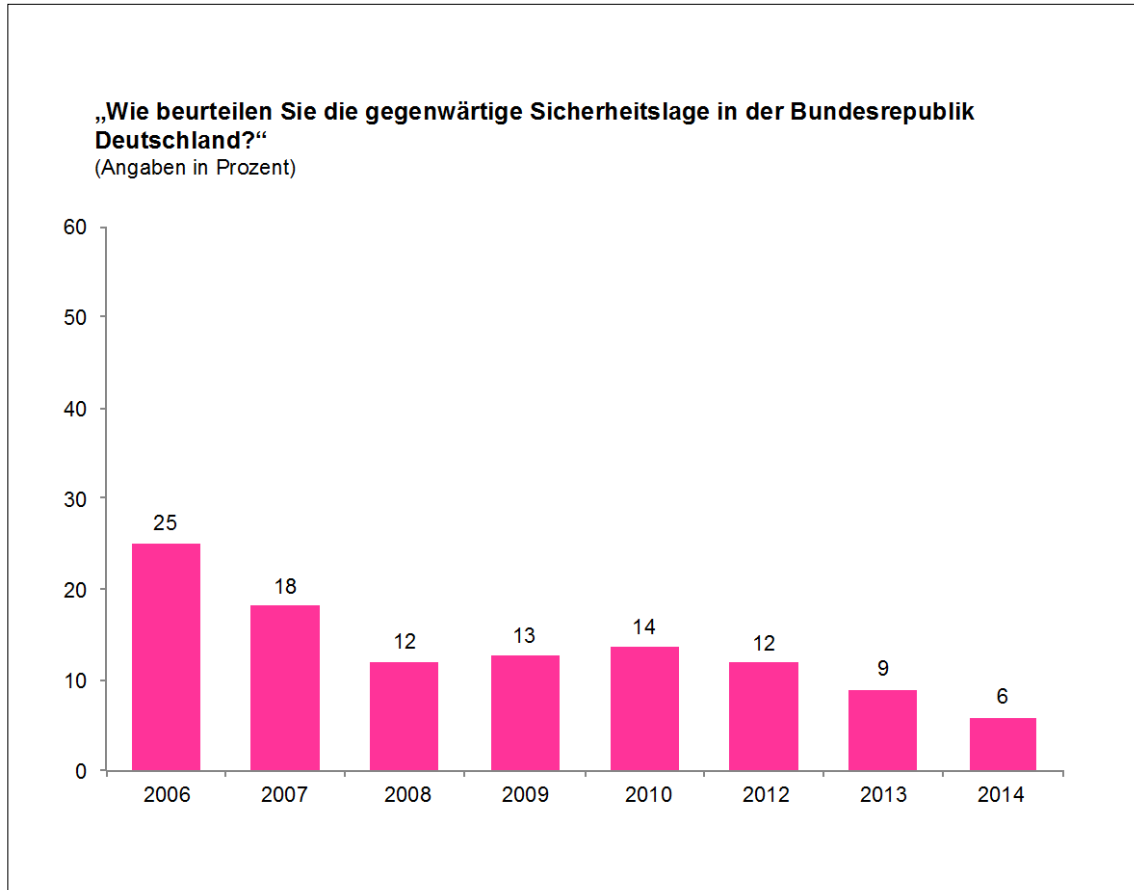


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung, bezogen auf die gesellschaftliche bzw. nationalstaatliche Referenzebene, ist äußerst hoch. Die Bundesrepublik Deutschland wird von einer großen Mehrheit als sicheres Land wahrgenommen. In den letzten Jahren hat dieses subjektive Sicherheitsgefühl unter den Befragten stetig zugenommen.

Während noch vor fast 10 Jahren ein Viertel der Befragten die Sicherheitslage kritisch sah, trifft dies heute nur noch auf etwa jeden Zwanzigsten zu (vgl. Abbildung 3.2).¹⁶

Abbildung 3.2: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitvergleich



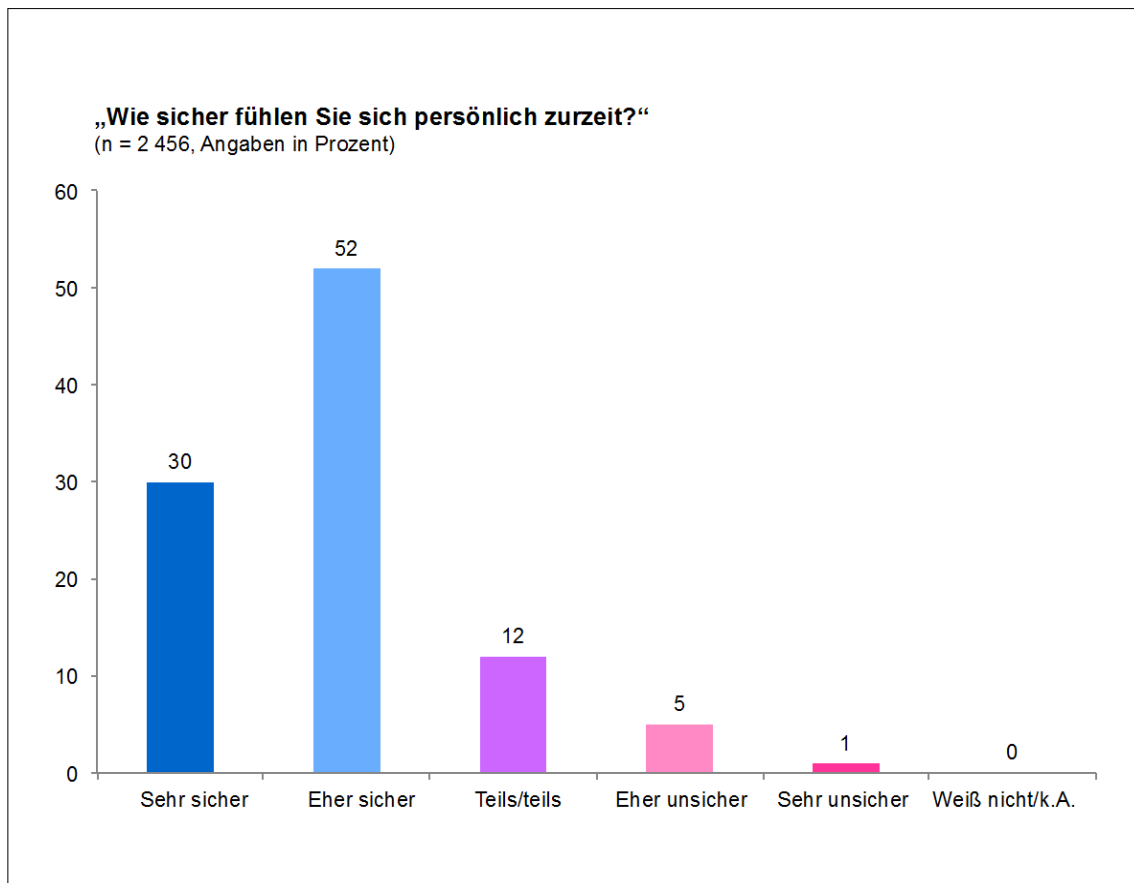
Anmerkungen: Anteile 2006–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2006–2014.

Ein sehr ähnliches Bild zeichnet sich bezüglich der Beurteilung der persönlichen Sicherheit in der Bevölkerung ab. Etwas mehr als acht von zehn Befragten fühlen sich persönlich sehr (30 Prozent) oder eher sicher (52 Prozent). 12 Prozent der Befragten haben ein ambivalentes Sicherheitsgefühl und nur ein verschwindend geringer Teil fühlt sich persönlich eher (5 Prozent) oder sehr (1 Prozent) unsicher (vgl. Abbildung 3.3).

¹⁶ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (neu: 5-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie für das Jahr 2014 herausgerechnet, n = 2 080. Die Differenz zum Vorjahr bestätigt sich auch, wenn die Skalen auf 0 und 1 normiert und die Mittelwerte verglichen werden.

Abbildung 3.3: Beurteilung der persönlichen Sicherheit



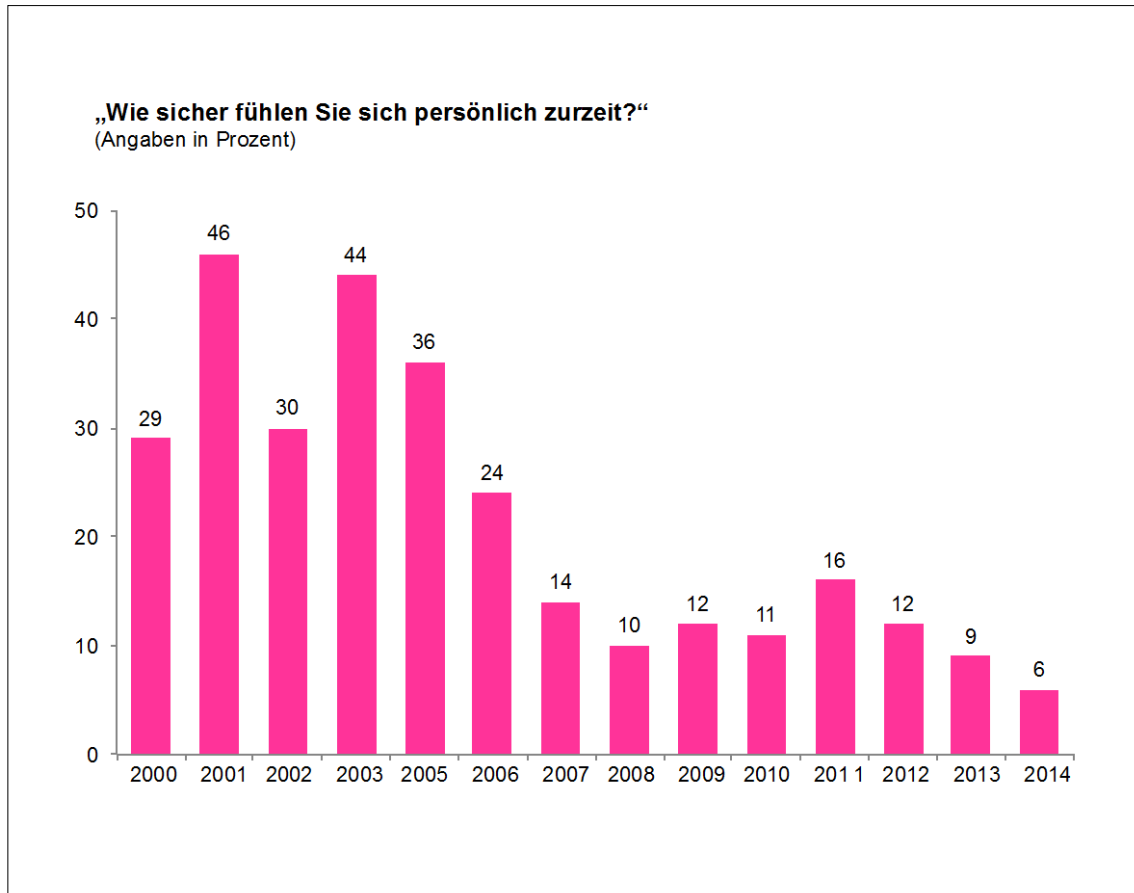
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Sowohl auf der persönlichen als auch auf der gesellschaftlichen bzw. nationalstaatlichen Ebene als Referenzpunkt ist das subjektive Gefühl von Sicherheit in der Bevölkerung weitverbreitet. Vergleicht man die Werte genauer, so zeigt sich ein etwas höheres Sicherheitsempfinden auf der persönlichen Ebene.¹⁷ Dies deckt sich mit anderen Befunden aus der Sicherheitsforschung, wonach eine persönliche Bedrohungswahrnehmung weniger verbreitet ist als eine allgemeine, auf den Staat bzw. die Gesellschaft bezogene Bedrohungspitze (vgl. Krasmann et al. 2014: 40).

Ebenso wie bei der Einschätzung der Sicherheitslage in Deutschland, zeichnet sich auch auf der persönlichen Ebene ein zunehmendes Sicherheitsgefühl im Zeitverlauf in den Befragungsdaten der letzten Jahre ab (vgl. Abbildung 3.4).

¹⁷ Mittelwertvergleich bei Normierung der Skalen auf 0 (unsicher) – 1 (sicher): persönlich $\bar{x} = 0,77$ (SD = 0,21), gesellschaftlich/staatlich: $\bar{x} = 0,73$ (SD = 0,20).

Abbildung 3.4: Beurteilung der persönlichen Sicherheit im Zeitvergleich



Anmerkungen: Anteile 2000–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2014.

Während sich noch vor 15 Jahren etwa drei von zehn Befragten persönlich unsicher fühlten, und infolge von 9/11 und der damit verbundenen sicherheitspolitischen Gefahrenlage (Krieg in Afghanistan 2001, Irakkrieg 2003, Terroranschläge in Madrid 2004 und London 2005) zum Teil deutlich größere Unsicherheit bei den Befragten zu spüren war, nimmt das Sicherheitsempfinden seit Mitte des letzten Jahrzehnts in der Tendenz wieder deutlich zu. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Befragten, die sich unsicher fühlen, nochmals um 3 Prozentpunkte gesunken.¹⁸ Die derzeitigen Krisen bzw. Konflikte in Osteuropa, dem Nahen Osten und Afrika scheinen sich im persönlichen Sicherheitsempfinden der Befragten noch nicht niederzuschlagen.

¹⁸ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (neu: 5-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie für das Jahr 2014 herausgerechnet, n = 2 160. Die Differenz zum Vorjahr bestätigt sich auch, wenn die Skalen auf 0 und 1 normiert und die Mittelwerte verglichen werden.

Gleichwohl herrscht in der Bevölkerung durchaus ein sehr differenziertes Bewusstsein über verschiedene Gefahren, die die eigene Sicherheit bedrohen können. Allen voran sind es ökologische Aspekte, die als bedrohlich wahrgenommen werden. Vier von zehn Befragten fühlen sich persönlich durch die weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt sowie durch den Klimawandel infolge der globalen Erwärmung stark oder eher bedroht (vgl. Tabelle 3.1).

Tabelle 3.1: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheit

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“ (Angaben in Prozent)			
	Bedroht ¹	Teils/teils	Nicht bedroht ²
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt	43	32	24
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	41	30	28
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	41	22	37
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	35	18	46
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	34	30	35
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	31	34	35
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. keinen Arbeitsplatz zu finden	26	17	56
Terroranschläge in Deutschland	26	31	43
Große Naturkatastrophen z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	24	30	45
Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland	10	15	74

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht bedroht“ und „Eher nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. „Weiß nicht/k.A.“ alle unter 1 Prozent.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Etwa ein Viertel fühlt sich durch diese beiden Aspekte eher nicht oder überhaupt nicht bedroht. Die Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche oder aber große Naturkatastrophen sind ökologische Gesichtspunkte, die mit 31 bzw. 24 Prozent etwas weniger Befragte beunruhigen. Neben diesen ökologischen Themen beschäftigen die Bürgerinnen und Bürger in ähnlicher Weise sozioökonomische Angelegenheiten wie eine unzureichende finanzielle Absicherung im Alter (41 Prozent) sowie bei Arbeitslosigkeit (35 Prozent). Demgegenüber sehen sich 37 bzw. 46 Prozent der Befragten davon nicht bedroht. Den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. die Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, nimmt ein Viertel der Befragten als bedrohlich war, bei mehr als der Hälfte ist dies aber nicht der Fall (56 Prozent).

Sicherheitspolitische bzw. militärische Gefahren werden, verglichen mit anderen Bedrohungsdimensionen, in der Bevölkerung seltener als bedrohlich empfunden. Etwa ein Drittel der Deutschen fühlt sich persönlich durch atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen stark oder eher bedroht. Etwas mehr als ein Drittel

sieht sich im Gegensatz dazu davon eher nicht oder überhaupt nicht gefährdet. Noch weniger Befragte nehmen eine Bedrohung durch mögliche Terroranschläge in Deutschland (26 Prozent) oder einen militärischen Angriff auf Deutschland (10 Prozent) wahr. Insgesamt sind es vor allem sozioökonomische und ökologische Aspekte, die die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen. Dies deckt sich mit den Befunden der Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw der letzten Jahre und wird überdies von anderen Forschungsarbeiten bestätigt (vgl. Deutsche Telekom/T-Systems 2014; R+V Versicherung 2014).¹⁹

Die implizit bereits herausgestellten, theoretisch angenommenen Dimensionen der Bedrohungen der persönlichen Sicherheit – militärische, ökologische und sozioökonomische Bedrohungen – werden empirisch in der Faktorenanalyse²⁰ sichtbar (vgl. Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2: Dimensionen der Bedrohungen der persönlichen Sicherheit – Faktorenanalyse

	Militärisch	Sozio-ökonomisch	Ökologisch
Militärischer Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland	.77		
Terroranschläge in Deutschland	.83		
Atomare, chemische oder biologische Waffen in der Hand von Terroristen	.69		
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter		.85	
Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit		.92	
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. keinen Arbeitsplatz zu finden		.89	
Weltweite Zerstörung der natürlichen Umwelt			.86
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung			.87
Große Naturkatastrophen z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	.62		.38
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	.53		.41
Eigenwert	2.55	2.44	1.93
Erklärte Varianz in Prozent	25	24	19

Anmerkungen: Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation): Signifikanz nach Bartlett $p = .000$; Anti-Image KMO = .81. In der Tabelle sind nur Faktorladungen $\geq .30$ ausgewiesen.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

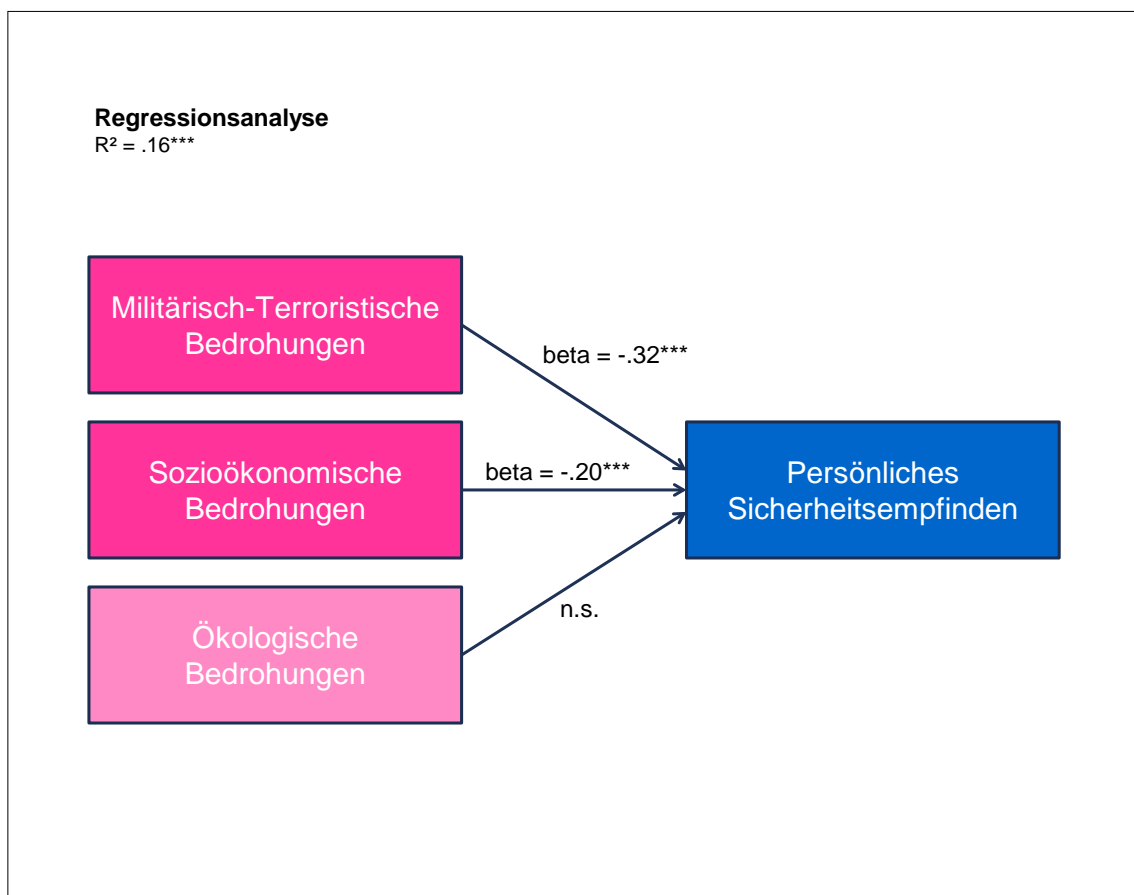
Im Ergebnis der Faktorenanalyse zeigt sich allerdings auch, dass die potenzielle Gefahr von Naturkatastrophen und der Ausbreitung einer Krankheit oder Seuche nicht als rein ökologische Aspekte wahrgenommen werden. So laden sie zwar auch auf dieser Dimen-

¹⁹ Beide Studien verwenden allerdings den Begriff „Sorgen“ und nicht, wie in der vorliegenden Studie, das Wort „Bedrohung“.

²⁰ Multivariates, datenreduzierendes Verfahren zur Aufdeckung der dimensional Struktur (Hintergrundvariablen/latente Variablen) von Merkmalen, ausführlicher dazu bspw.: Bortz 1999: 495–500, 747.

sion, stärker aber auf der militärischen. Obgleich sich empirisch keine vierte Dimension der persönlichen Sicherheit festmachen lässt, scheint sich hier eine Art „Hybridbedrohung“ abzubilden, die sowohl Teil der militärischen als auch der ökologischen Dimension ist. Beide Bedrohungen werden in der Bevölkerung als ökologische bzw. humanitäre Gefahren wahrgenommen, denen im Sinne des „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ auch mit militärischen Mitteln begegnet wird. Beispielhaft dafür sind die Nothilfe der Bundeswehr im Kampf gegen Ebola sowie vergangene Einsätze der Bundeswehr in Hochwassergebieten.

Abbildung 3.5: Bedrohungswahrnehmung und persönliches Sicherheitsempfinden



Anmerkungen: Multivariate Regressionsanalyse mit Faktorwerten, kontrolliert auf Geschlecht, Alter, Links-Rechts-Einstufung, Bildung und Einkommen. Ausgewiesen ist das korrigierte R^2 .

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Wie weiterführende multivariate Analysen zeigen, kann das persönliche Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger durch die in der Studie gemessene Bedrohungswahrnehmung mit einer Varianzaufklärung von etwa 16 Prozent (R^2) teilweise erklärt werden (vgl. Abbildung 3.5).

Von den drei Dimensionen sind es vor allem die militärischen Bedrohungen, die das persönliche Sicherheitsempfinden der Befragten determinieren. Sozioökonomische Gesichtspunkte beeinflussen in etwas geringerem Maße, wie sicher oder unsicher sich die Befragten fühlen. Konkret bedeutet das: Je höher die wahrgenommene Bedrohungslage bezüglich beider Dimensionen ist, desto geringer ist die subjektive Sicherheitsperzeption insgesamt auf der persönlichen Ebene. Ökologische Gefahren scheinen dabei keinen Einfluss zu haben.

Obwohl militärisch-terroristische Bedrohungen in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger derzeit keine große Rolle spielen, determinieren diese entscheidend das persönliche Sicherheitsgefühl. Im Gegensatz dazu wirken sich ökologische Aspekte, die von den Befragten relativ häufig als gefährlich wahrgenommenen werden, nicht signifikant auf das persönliche Sicherheitsgefühl aus. Dementsprechend hoch ist gegenwärtig das persönliche Sicherheitsempfinden unter den Befragten. Sollten militärische oder sozioökonomische Bedrohungen in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger künftig zunehmen, würde auch das Unsicherheitsempfinden in der Bevölkerung ansteigen.

4 Einstellungen zum Ukraine-Konflikt

Chariklia Höfig

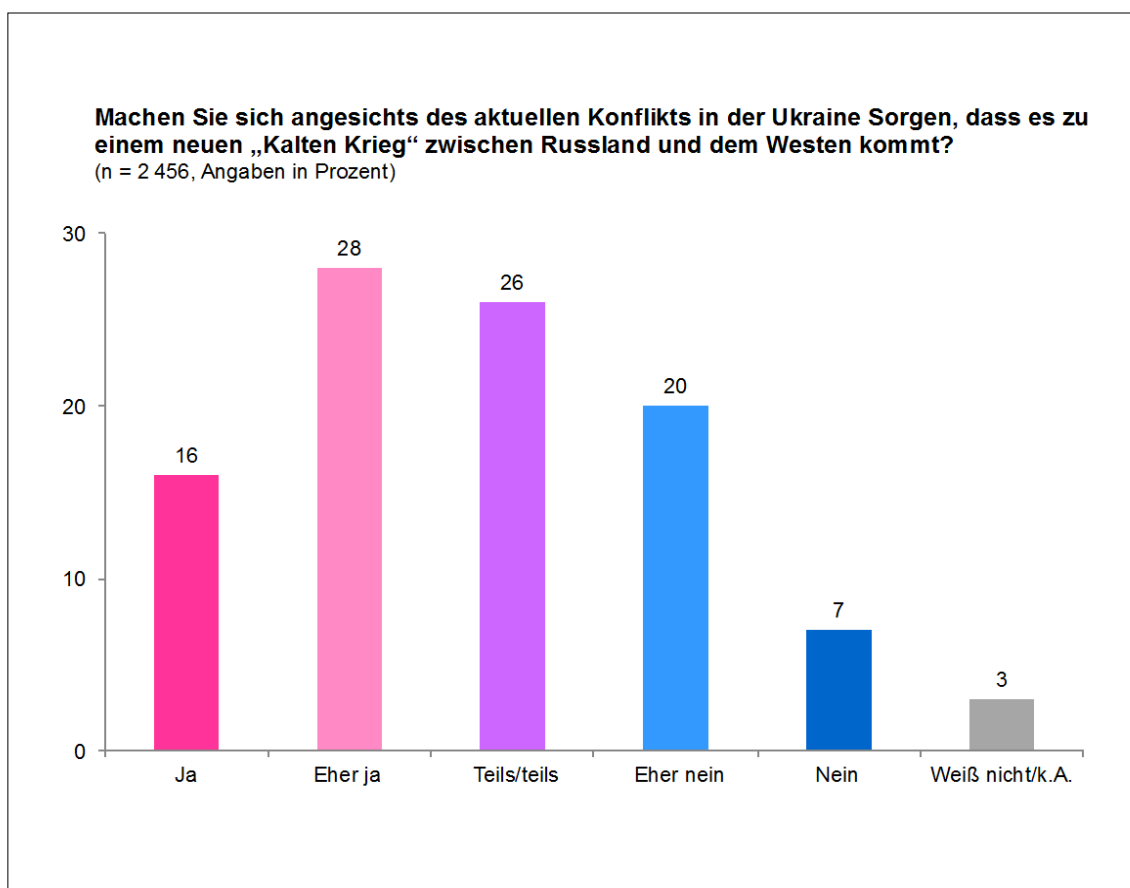
Militärische Gefahren werden derzeit nur von verhältnismäßig wenigen als bedrohlich empfunden. Diese Einschätzung wirkt sich den Analyseergebnissen zufolge jedoch am stärksten auf das persönliche Sicherheitsgefühl aus (siehe Abschnitt 3 in diesem Bericht). Aufgrund der relativen räumlichen Nähe und der dramatischen Entwicklungen in der Ukraine während des Jahres 2014 ist in diesem Zusammenhang auch die Perzeption der Bürgerinnen und Bürger zum Ukraine-Konflikt interessant und war daher Teil der Erhebung.

Zum Zeitpunkt der Befragung lag der Stopp des EU-Assoziierungsabkommens durch die ukrainische Regierung unter Präsident Janukowitsch, der den Anstoß für die monatelangen Maidan-Proteste gab, bereits knapp ein Jahr zurück. Im Frühjahr 2014 spaltete sich die Halbinsel Krim nach einem vom Westen nicht anerkannten Referendum von der Ukraine ab und wurde Teil der Russischen Föderation. Kurze Zeit später erklärten pro-russische Separatisten die Unabhängigkeit der Gebiete Donezk und Lugansk. Als „Reaktion auf die rechtswidrige Annexion der Krim und die bewusste Destabilisierung der Ukraine“ (Europäische Union 2015) wurden von der EU schrittweise diplomatische und restriktive Maßnahmen gegen Einzelpersonen und Organisationen sowie wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland eingeleitet, die bis heute andauern. Nach Neuwahlen bemühte sich der ukrainische Präsident Poroschenko um Gespräche mit Russland, zielte langfristig aber auf einen Beitritt der Ukraine zur EU ab.

Während der andauernden Kampfhandlungen stürzte schließlich im Sommer 2014 die Passagiermaschine MH17, vermutlich infolge eines Raketenabschusses, über der Ostukraine ab – die Konfliktparteien beschuldigten sich gegenseitig. Infolge dessen erhielt der Konflikt größere internationale und mediale Aufmerksamkeit. Im September einigten sich beide Seiten erstmals auf eine Waffenruhe, diese war allerdings äußerst instabil. Im Oktober, kurz vor der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung, wurde in der Ukraine ein neues Parlament gewählt, dabei dominierten klar die pro-europäischen Parteien. In den von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebieten Donezk und Lugansk wurde die Wahl nicht anerkannt, und es wurden eigene Wahlen abgehalten. Auch während der Feldphase der Befragung kam es immer wieder zu Kämpfen in der Ostukraine.

In den Antworten der Befragten wird deutlich, dass der Ukraine-Konflikt in der Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen wird. Mehr als vier von zehn Befragten machen sich Sorgen, dass es zu einem neuen „Kalten Krieg“ zwischen Russland und dem Westen kommt (vgl. Abbildung 4.1).

Abbildung 4.1: Sorgen über neuen „Kalten Krieg“



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

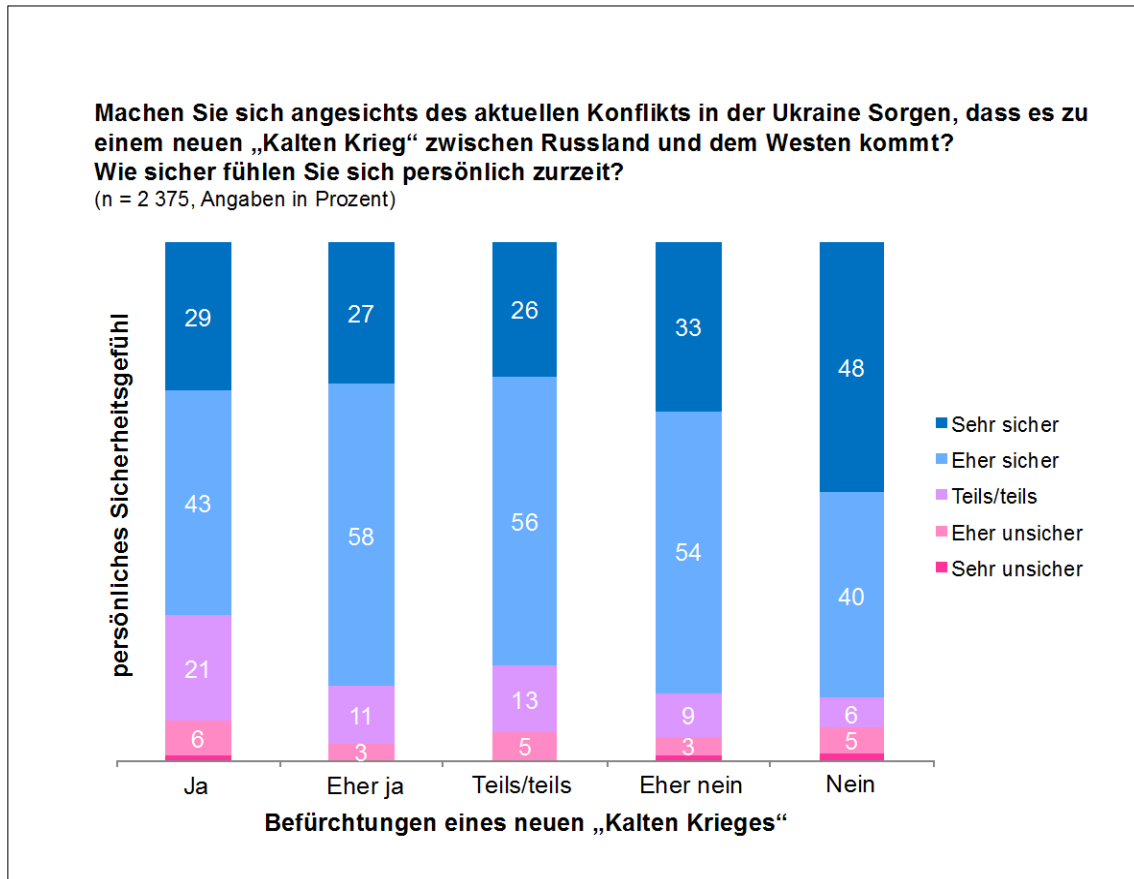
Etwa ein Viertel der Befragten ist geteilter Meinung. Diese militärische Gefahr wird also, im Vergleich zu den in Abschnitt 3 vorgestellten militärischen Faktoren, von deutlich mehr Befragten als bedrohlich eingeschätzt. Dies ist gewiss ein Stück weit auch der Konkretisierung (keine potenzielle Gefahr, sondern reale Bedrohung) und der räumlichen Nähe des Konflikts geschuldet.²¹ In der weiteren Analyse zeigt sich ein schwacher negativer Zusammenhang zwischen der Sorge vor einem neuen „Kalten Krieg“ und dem persönlichen Sicherheitsgefühl.²² Jene Befragten, die sich Sorgen machen, fühlen sich

²¹ Darüber hinaus wurde in dem Item der Begriff „Sorge“ verwendet.

²² Spearmans Rho = $-.096^{***}$ (Korrelationskoeffizient zur Messung eines Zusammenhangs von ordinalskalierten Variablen, Wertebereich [-1;+1]).

zwar etwas unsicherer, jedoch ist das persönliche Sicherheitsgefühl auch bei dieser Gruppe relativ hoch (vgl. Abbildung 4.2).

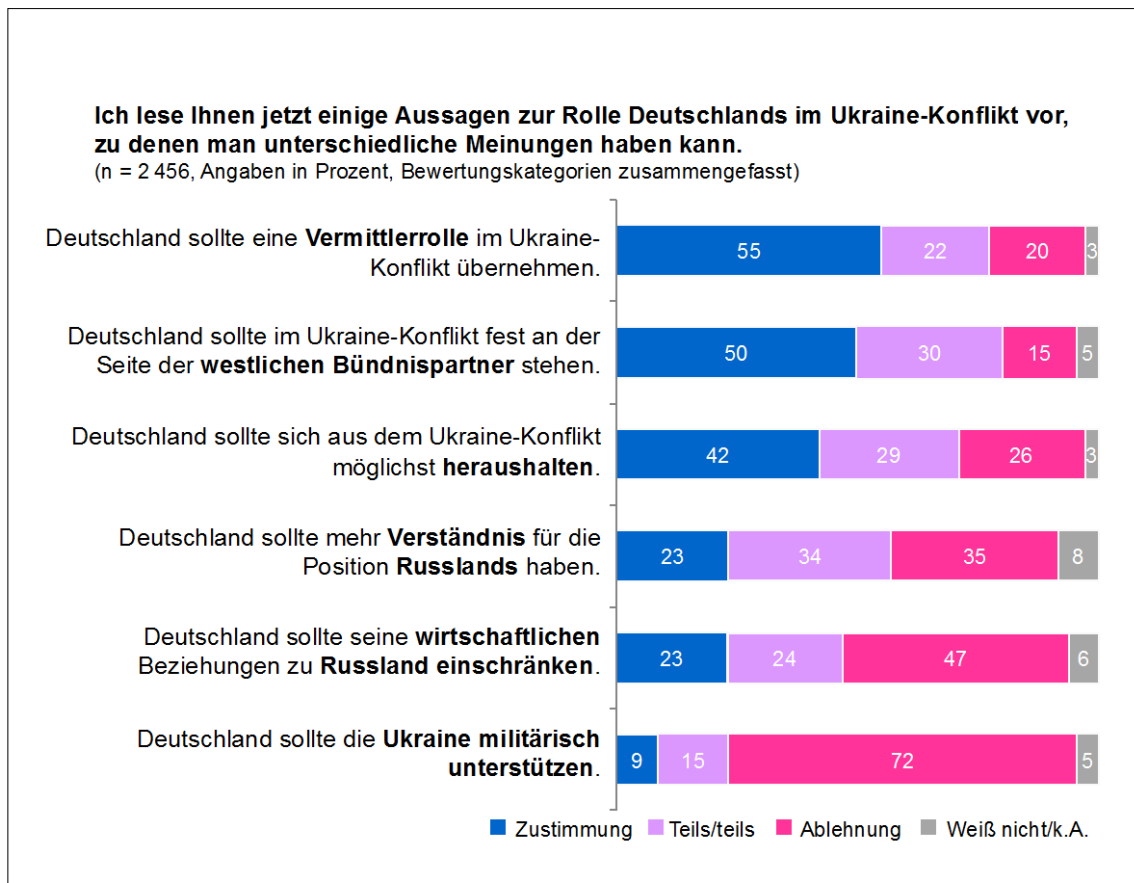
Abbildung 4.2: Sorgen über neuen „Kalten Krieg“ und persönliches Sicherheitsgefühl



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Im Jahr 2014 sprachen sich führende deutsche Politiker für ein stärkeres außen- und sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands aus. Auch von internationaler Seite haben die Erwartungen an die Bundesrepublik deutlich zugenommen. Im Ukraine-Konflikt ist Deutschland in besonderer Weise gefordert und nimmt eine zentrale Führungsrolle ein. Bezüglich dessen gibt es in der deutschen Bevölkerung selbst allerdings divergente Meinungen. Mehr als die Hälfte der Befragten wünscht sich, dass die Bundesrepublik eine Vermittlerrolle (55 Prozent) einnimmt, jeder Fünfte spricht sich aber dagegen aus (vgl. Abbildung 4.3). Die Hälfte der Befragten meint, Deutschland sollte fest an der Seite der westlichen Bündnispartner stehen, während 15 Prozent dies ablehnen.

Abbildung 4.3: Deutschlands Rolle im Ukraine-Konflikt



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Über 40 Prozent plädieren dafür, dass Deutschland sich möglichst aus dem Konflikt heraushält, im Kontrast dazu stimmt etwa ein Viertel dem nicht zu. In der Tendenz ist demnach ein diplomatisches oder neutrales Verhalten mit westlicher Orientierung in der Bevölkerung populär. Dennoch gibt es unter den Bürgerinnen und Bürgern ebenso Befürworter der russischen Position, die mehr Verständnis für Russland fordern (23 Prozent). Demgegenüber meint ein ebenso großer Teil der Befragten, man solle die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland einschränken, fast die Hälfte spricht sich allerdings dagegen aus (47 Prozent). Nur wenige befürworteten eine militärische Unterstützung der Ukraine von deutscher Seite (9 Prozent). Wie die Umfrageergebnisse zeigen, wird die derzeitige Vermittlerrolle, die Deutschland im Ukraine-Konflikt einnimmt, mehrheitlich von den Bürgerinnen und Bürgern begrüßt. Dennoch gibt es auch klare Forderungen nach stärkerer Zurückhaltung. Es bleibt abzuwarten, ob und inwiefern sich das Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger hin zu einer eher aktiven Rolle Deutschlands verändert, sollte der Konflikt in der Ukraine weiter andauern oder sich militärisch weiter verschärfen.

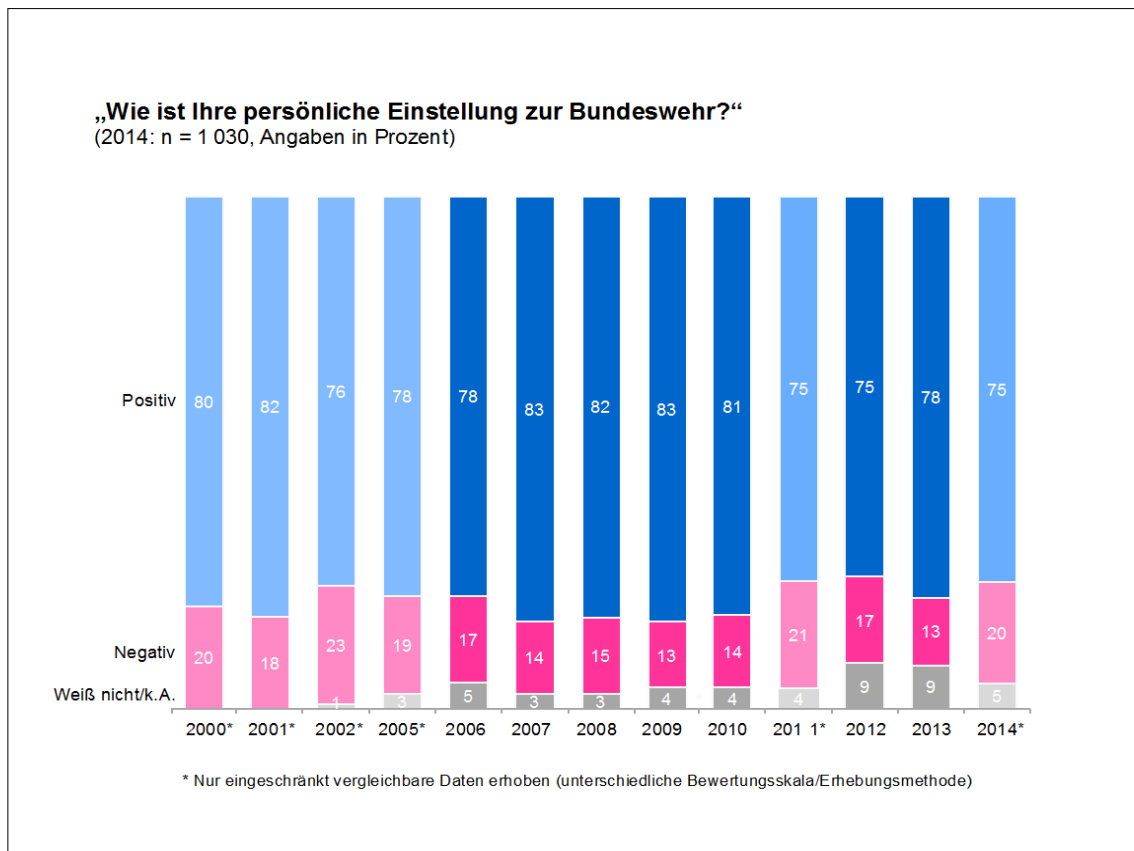
5 Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

Heiko Biehl

Die Bundeswehr als Armee in der Demokratie ist der Integration in die Gesellschaft verpflichtet und strebt nach öffentlicher Anerkennung und Unterstützung. Entsprechend setzt die Zentrale Dienstvorschrift zur Inneren Führung (ZDv 10/1, Ziffer 401; kürzlich überführt in die ZDv A 2006/1) das Ziel, „[...] die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu erhalten und zu fördern, Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen sowie die Soldatinnen und Soldaten aktiv in die durch ständigen Wandel geprägten Streitkräfte einzubeziehen [...]“. Mit diesem Anspruch wird die Bundeswehr dem Umstand gerecht, dass sie – wie alle anderen öffentlichen Institutionen – ihre Legitimation zu einem wesentlichen Teil aus der öffentlichen Akzeptanz schöpft. Der gesellschaftliche Zuspruch ist für die Streitkräfte essenziell und bildet eine wesentliche Quelle soldatischer Motivation. Dass die Haltung der deutschen Bevölkerung zu den Streitkräften überaus wohlwollend ist, belegt die einschlägige Forschung seit Jahren und auch die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw zeigt, dass der Großteil der Bürgerinnen und Bürger eine positive Einstellung zur Bundeswehr hat.

Im Jahr 2014 äußerten fast drei von vier Befragten ihre positive Haltung zu den Streitkräften (vgl. Abbildung 5.1). Ablehnende Einstellungen sind weit weniger verbreitet, ein Fünftel der Befragten bekundet eine negative Sicht auf die Bundeswehr. 5 Prozent wollten sich nicht festlegen oder äußern. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. Seit Beginn des vorigen Jahrzehnts bekennen stets drei Viertel oder mehr der Befragten ihre wohlwollende Haltung zur Bundeswehr. Der Anteil der Kritiker betrug nie mehr als ein Viertel der Befragten. Im Vergleich zu den Vorjahren sind ein leichter Rückgang der positiven und ein leichter Anstieg der negativen Haltung zur Bundeswehr zu konstatieren. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die Bundeswehr in der Gesellschaft weithin akzeptiert ist. Der überwiegende Teil der Deutschen weist eine solch positive Haltung auf, wie selten in der Geschichte der Bundeswehr und wie dies auch bei den Partnern und Verbündeten nicht überall der Fall ist. Dieser aus Sicht der Streitkräfte erfreuliche Befund wird dadurch verstärkt, dass sich der Zuspruch nicht auf einige soziale Gruppierungen konzentriert, sondern aus allen gesellschaftlichen Bereichen kommt.

Abbildung 5.1: Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2014.

Wie Tabelle 5.1 ausweist, überwiegt in allen betrachteten sozialen Gruppen der Anteil derjenigen mit positiver Haltung zur Bundeswehr. Im Vergleich der Geschlechter zeigt sich kein Unterschied. Männer wie Frauen stehen den Streitkräften gleichermaßen wohlgesonnen gegenüber. Über die Altersgruppen hinweg zeigt sich der aus der Forschung bekannte Befund, dass junge Bürgerinnen und Bürger der Bundeswehr kritischer begegnen, während ältere eine positivere Haltung an den Tag legen. Ungeachtet dieses Musters ist wesentlich, dass in allen Altersgruppen der Zuspruch für die Streitkräfte überwiegt – auch von den unter 30-Jährigen bekunden zwei Drittel ihre positive Einstellung zur Bundeswehr. Junge Bürgerinnen und Bürger sind mithin im Vergleich kritischer, aber keineswegs ablehnend der Bundeswehr gegenüber. Der Schulabschluss der Befragten übt einen Einfluss auf die Haltung zu den Streitkräften aus. Höhergebildete stehen den Streitkräften positiver gegenüber. Zudem unterscheidet sich die Haltung in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen. Bürgerinnen und Bürger mit höherem Einkommen sind der Bundeswehr gegenüber etwas negativer eingestellt als Personen mit mittlerem oder niedrigerem Einkommen. Für einige Beobachter sicherlich überraschend

äußern sich auch sämtliche Parteianhängerschaften mehrheitlich positiv über die deutschen Streitkräfte. Am höchsten, mit fast 90 Prozent, ist der entsprechende Anteil bei den Unionsanhängern. Daran schließen sich Bürgerinnen und Bürger mit einer Präferenz für die SPD an. Aber auch die Anhänger der Grünen und der Linken, die sich als Parteien zuweilen kritisch zu den deutschen Streitkräften und ablehnend zu ihren Auslandseinsätzen positionieren, bekunden mehrheitlich ihre positive Einstellung.

Tabelle 5.1: Einstellung zur Bundeswehr

„Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr?“ (Angaben in Prozent)			
	Positiv ¹	Negativ ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	75	20	5
Geschlecht ^{n.s}			
Männer	75	21	(4)
Frauen	76	18	(6)
Alter ^{***}			
16 bis 29 Jahre	64	29	(7)
30 bis 49 Jahre	79	19	(3)
50 bis 69 Jahre	80	(16)	(5)
70 Jahre und älter	77	(17)	(6)
Bildungsniveau ^{***}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	77	16	(7)
Realschulabschluss	80	(15)	(5)
Hauptschulabschluss	70	28	(3)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{***}			
4.001 Euro und mehr	72	23	(5)
2.001 bis 4.000 Euro	79	17	(5)
Bis 2.000 Euro	79	(18)	(3)
Parteipräferenz ^{***}			
CDU/CSU	89	(11)	(1)
SPD	84	(12)	(4)
Bündnis 90/Die Grünen	63	(33)	(5)
Die Linke	(70)	(28)	(2)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	52	39	(10)
Region ^{n.s}			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	73	(21)	(7)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	72	(24)	(3)
Süddeutschland (BW, BY)	77	(17)	(6)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	77	19	(5)

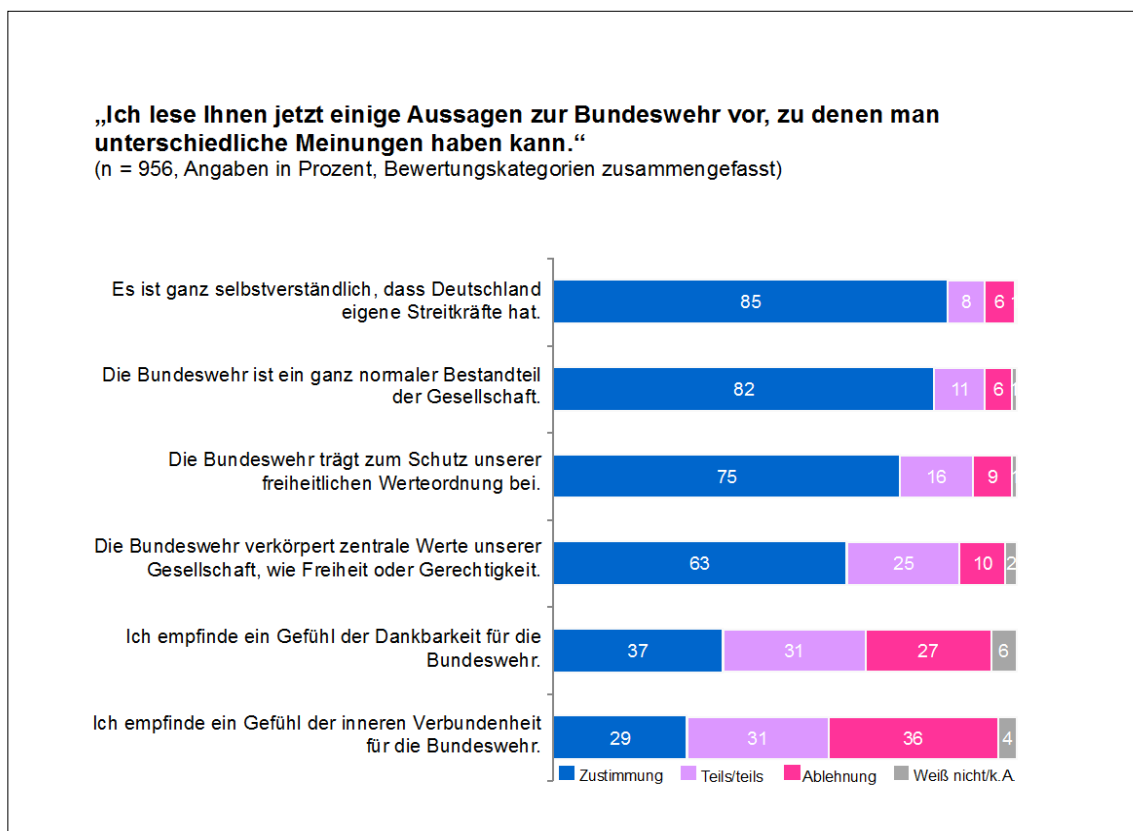
Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Signifikanzniveau: *** p = .000; ** p ≤ .010; * p ≤ .050; n.s. = nicht signifikant (p > .050); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Am kritischsten von allen betrachteten Gruppen sind Nichtwähler und Befragte ohne Parteipräferenz der Bundeswehr gegenüber eingestellt. Hier erreicht der Anteil derjenigen, die eine negative Einstellung aufweisen, fast 30 Prozent. Regionale Muster der Militärraffinität zeigen sich nicht. Der Zuspruch zur Bundeswehr ist in Nord-, West-, Ost- und Süddeutschland gleichermaßen ausgeprägt.

Mit dieser breiten Akzeptanz quer durch alle Gruppen stellt die Bundeswehr einen etablierten Bestandteil von Staat und Gesellschaft dar. Dieses Resümee bestätigen differenzierte Nachfragen zur Haltung zu den Streitkräften (vgl. Abbildung 5.2). Für 85 Prozent der Befragten ist es selbstverständlich, dass Deutschland eigene Streitkräfte hat und über 80 Prozent empfinden diese als normalen Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft. Diese hohe Zustimmung erwächst nicht zuletzt aus der Funktionalität der Bundeswehr. Drei Viertel der Befragten vertreten die Ansicht, dass die deutschen Streitkräfte zum Schutz der freiheitlichen Werteordnung beitragen. Nur knapp jeder Zehnte stellt dies in Frage. Ein ähnlicher Anteil bezweifelt, dass die Bundeswehr zentrale Werte der bundesdeutschen Gesellschaft wie Freiheit und Gerechtigkeit repräsentiert, während fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger dies bejahen.

Abbildung 5.2: Aussagen zur Bundeswehr

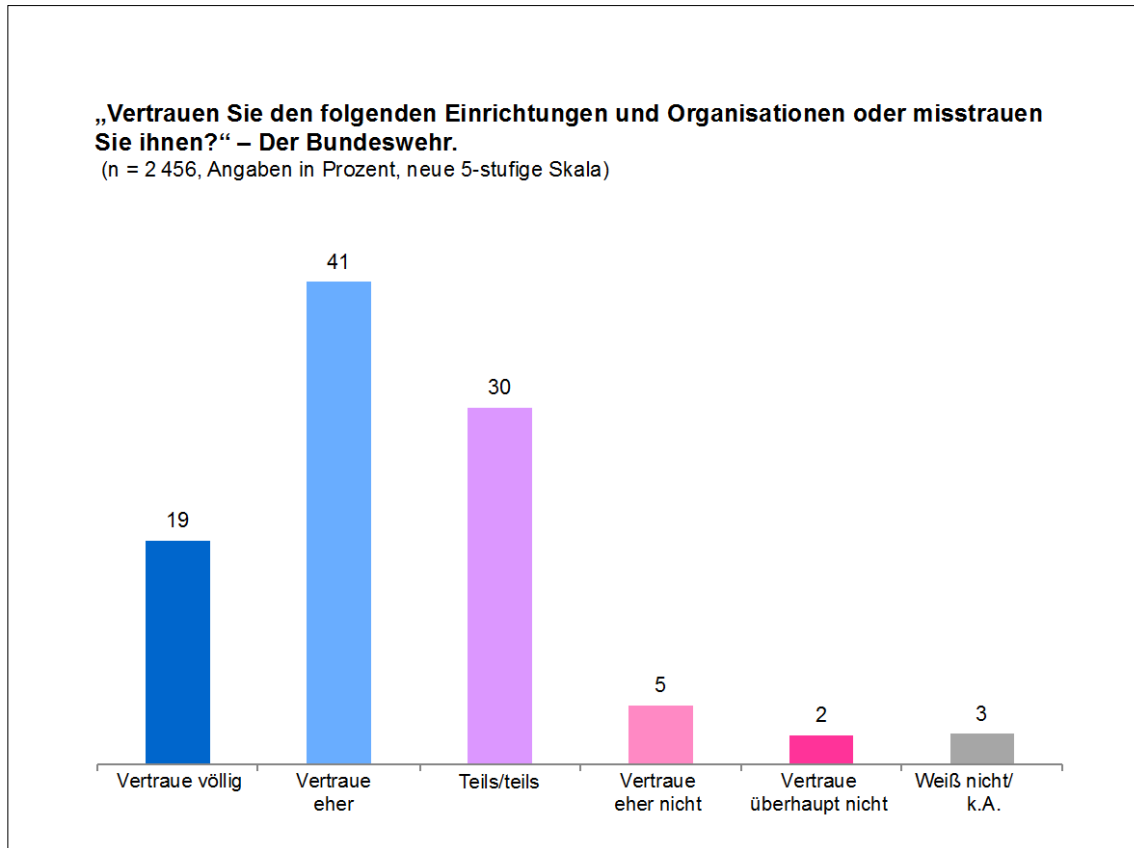


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Mit dieser hohen Akzeptanz reihen sich die Streitkräfte neben andere gesellschaftliche Institutionen ein. Sie können als eine etablierte öffentliche Einrichtung gelten, die Anerkennung erfährt und deren gesellschaftlicher Nutzen anerkannt wird. Anspruch auf eine herausgehobene Wahrnehmung und gesellschaftliche Besserstellung haben die Streitkräfte aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht. Dies mag ein Grund dafür sein, dass es den Befragten neben der kognitiven Akzeptanz der Streitkräfte schwer fällt, emotionale Bekenntnisse zu diesen zu artikulieren. So empfindet ein gutes Drittel der Bevölkerung Dankbarkeit gegenüber der Bundeswehr, während etwas mehr als ein Viertel der Befragten dies explizit ablehnen. Der Anteil derjenigen, die sich zu einem Gefühl der inneren Verbundenheit bekennen, ist sogar geringer als der Anteil derjenigen, die dieses nicht verspüren. Angesichts des im internationalen Vergleich eher nüchtern-pragmatischen Umgangs mit öffentlichen Einrichtungen hierzulande und wenn man das bekannte Erbe der deutschen (Militär-)Geschichte in Rechnung stellt, kann es kaum verwundern, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit emotionalen Bekenntnissen zu ihren Soldatinnen und Soldaten eher zurückhalten. Dies wird innerhalb der Truppe zuweilen als fehlende Unterstützung, unzureichendes Engagement und freundliches Desinteresse gewertet. Doch die vorliegenden Zahlen widersprechen dieser Sichtweise. Die Bundeswehr ist weithin anerkannt, sie ist ein selbstverständliches Element in Staat und Gesellschaft und erfährt hohe gesellschaftliche Anerkennung.

Dass diese Diagnose kein Artefakt von Meinungsumfragen und spezifischen Erhebungsinstrumenten ist, zeigt Abbildung 5.3. Denn die positive Haltung der Deutschen zu ihren Streitkräften schlägt sich in ein entsprechendes Vertrauen nieder. 60 Prozent der Befragten vertrauen der Bundeswehr voll bzw. eher, 30 Prozent vertrauen ihr zum Teil. Demgegenüber bekunden nur insgesamt 7 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ihr Misstrauen zu den Streitkräften. Als Hauptgrund hierfür wurden eine mangelhafte Ausrüstungslage sowie Zweifel an der Einsatzfähigkeit genannt (ohne Abbildung). Es finden sich aber auch generell militärkritische Positionen. Fragt man nach den Gründen, die das Vertrauen in die Bundeswehr stärken, dann werden an erster Stelle die Schutzfunktion und der Beitrag zur Sicherheit und Verteidigung genannt – mithin Kernaufgaben und Kernfähigkeiten der Streitkräfte. Es folgen die – insbesondere humanitären – Einsätze und Hilfen im In- und Ausland. Ferner werden Aspekte wie die gute Verfassung der Streitkräfte, ihre Zuverlässigkeit und ihre demokratische Verankerung ins Feld geführt. Mit diesem Zuspruch steht die Bundeswehr auch im Vergleich zu anderen Einrichtungen des öffentlichen Lebens gut da (vgl. Abbildung 5.4).

Abbildung 5.3: Vertrauen in die Bundeswehr



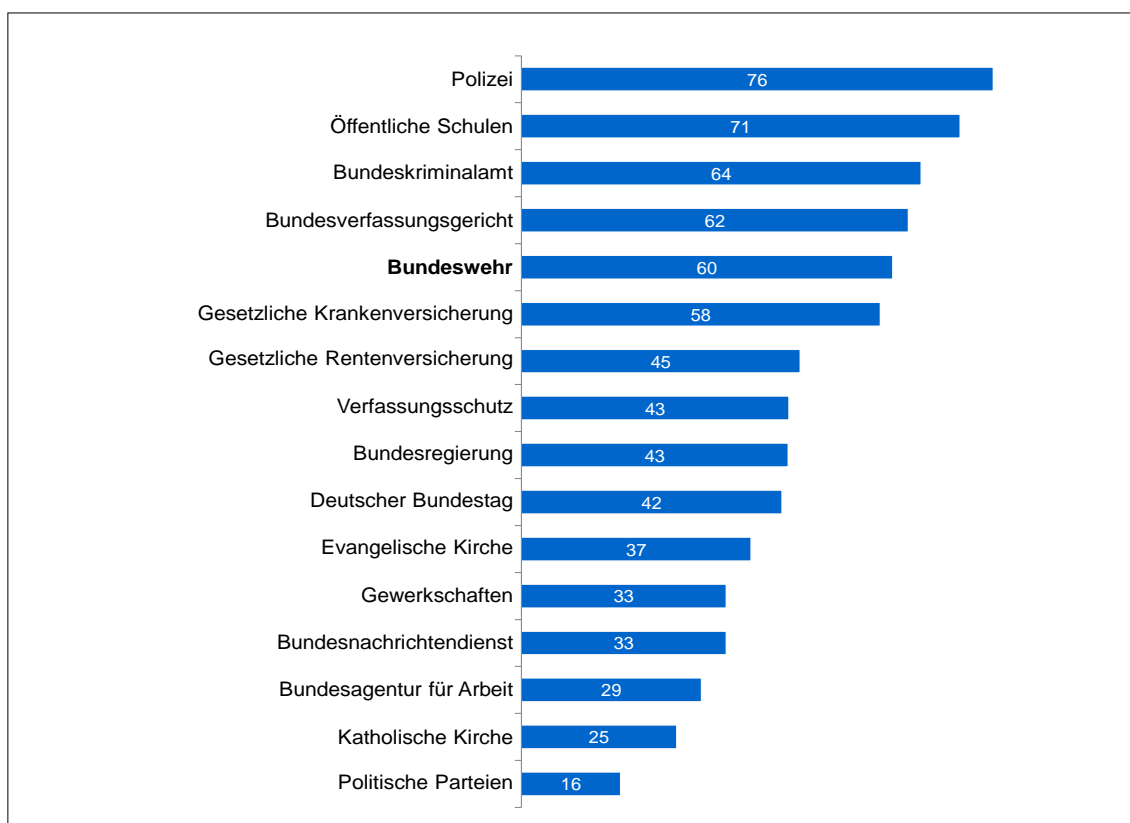
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Wie Abbildung 5.4 ausweist, gehört die Bundeswehr mit zu den öffentlichen Einrichtungen, denen das größte Vertrauen geschenkt wird. Alleine der Polizei, den öffentlichen Schulen, dem Bundeskriminalamt und dem Bundesverfassungsgericht vertrauen die Bürgerinnen und Bürger noch mehr. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Bundeswehr etwas an Vertrauen eingebüßt. Ein geringeres Vertrauen als die Streitkräfte erfahren diverse Institutionen der Exekutive, Legislative und Judikative sowie Einrichtungen aus dem Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Das im Vergleich geringste Vertrauen wird dem Bundesnachrichtendienst, der Bundesagentur für Arbeit, der katholischen Kirche und den politischen Parteien entgegengebracht.

Die Indikatoren Einstellung und Vertrauen weisen mithin in dieselbe Richtung: Der weit überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger steht der Bundeswehr positiv gegenüber und vertraut ihr. Aufs Ganze betrachtet genießt die Bundeswehr unverändert ein sehr hohes öffentliches Ansehen. Zwar ist in 2014 im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Eintrübung zu verzeichnen, die festzustellenden Veränderungen bewegen sich aber innerhalb der Schwankungen, die in einer längerfristigen Betrachtung üblich sind.

Eine grundlegende Wende, wie sie einige Beobachter mit dem Ende der Wehrpflicht befürchtet haben, ist bislang (noch) nicht zu verzeichnen – im Gegenteil: Die überwiegende Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger hat eine positive Einstellung zu den Streitkräften und schenkt ihnen Vertrauen. Sowohl im historischen Rückblick als auch im Vergleich zu den Partnern in Europa ist das gegenwärtige soziale Ansehen der Bundeswehr bemerkenswert hoch. Es liegt nun vor allem an der Bundeswehr selbst, dieses ihr zugewandte öffentliche Meinungsklima aufrechtzuerhalten. Transparenz, Offenheit und eine noch intensivere Hinwendung zur Gesellschaft könnten dazu beitragen, dass die Bundeswehr auch künftig den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger erfährt.

Abbildung 5.4: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Organisationen im Vergleich



Anmerkungen: Angaben in Prozent, Anteile „Vertraue völlig“ und „Vertraue eher“ zusammengefasst, n = 2 456.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

6 Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

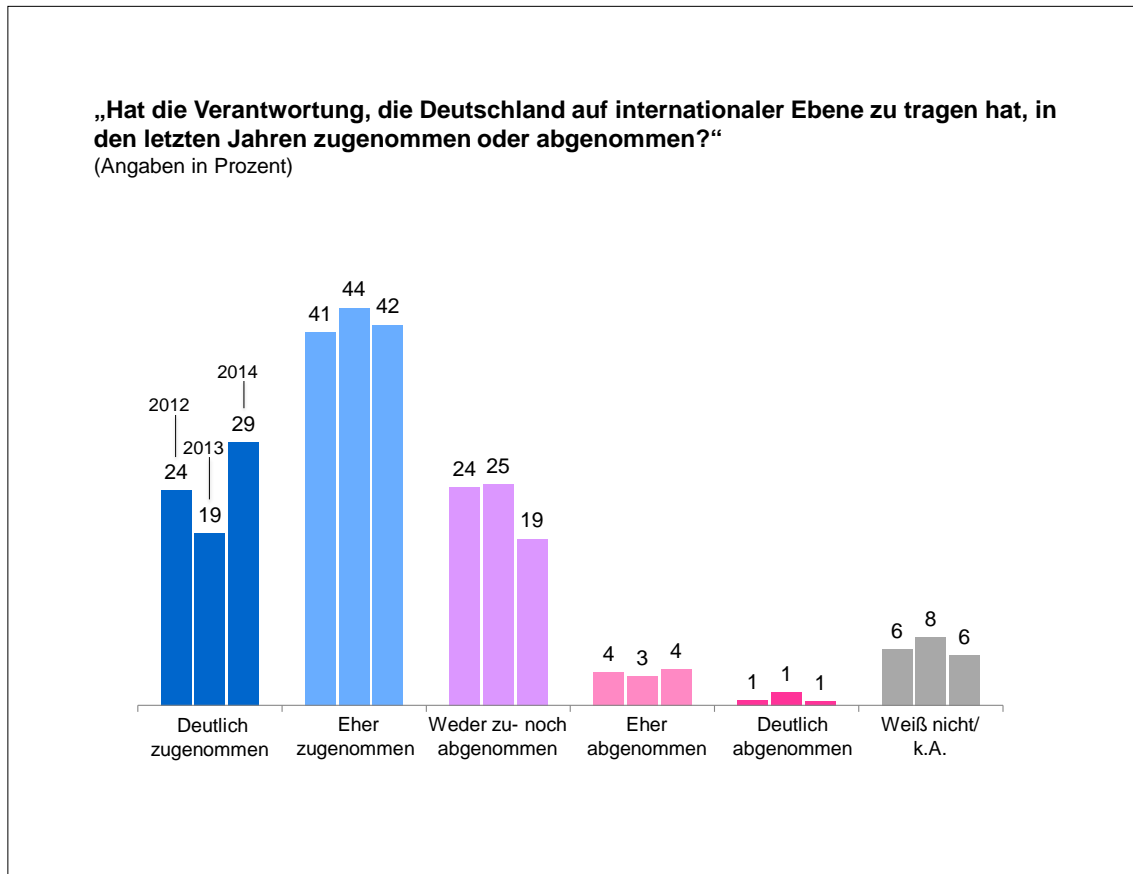
Heiko Biehl

Seit der Wiedervereinigung wird über eine gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands diskutiert. Während einige Beobachter eine solche Entwicklung begrüßen, lehnen andere diese ab. Das Jahr 2014 hat insbesondere durch den Ukraine Konflikt und die Euro-Krise gezeigt, dass Deutschland mittlerweile nolens volens eine führende Rolle in Europa einnimmt. Bereits vor dieser Zuspitzung der internationalen Lage plädierte Bundespräsident Gauck Anfang 2014 auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz für eine größere internationale Verantwortung Deutschlands und forderte eine aktivere deutsche Außenpolitik. Dieses Mehr an Engagement reduziere sich nicht auf die Beteiligung an internationalen Missionen und militärischen Einsätzen – aber sie gehörten zweifelsohne dazu. Wörtlich sagte der Bundespräsident: „Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde.“ Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen gingen mit ihren Beiträgen in dieselbe Richtung, weshalb in einigen Medien von einem „neuen Kurs in der Außenpolitik“ (vgl. Clement 2014) die Rede gewesen ist, während andere nur „Plattitüden, Panzer und Polemik“ erkennen konnten (vgl. Schulze/Winkelmann 2014). Wie stehen die Bundesbürger zu dieser Debatte? Sieht die Bevölkerung mit den obersten Repräsentanten des Staates eine gewachsene Verantwortung Deutschlands? Und welche Art des internationalen Engagements wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger?

In der Wahrnehmung der Rolle Deutschlands stimmt der weit überwiegende Teil der Bevölkerung mit dem Bundespräsidenten überein. Deutschlands Verantwortung auf internationaler Ebene hat deutlich zugenommen – diese Ansicht vertreten fast 30 Prozent der Befragten, dass die Verantwortung eher zugenommen hat, nehmen mehr als 40 Prozent der Bundesbürger wahr (vgl. Abbildung 6.1). Keine Veränderungen hat es aus Sicht eines Fünftels der Bürgerinnen und Bürger gegeben und eine schwindende Verantwortung können nur 5 Prozent erkennen. Im Vergleich zu den Vorjahren sind die Anteile der Bürger, die einen Verantwortungszuwachs wahrnehmen, nochmals angestiegen, was nicht zuletzt auf die Rolle Deutschlands in den aktuellen Konflikten zurückzuführen sein dürfte.

Dieser Befund kann aber nicht als direkte Aufforderung zu einem stärkeren internationalen Engagement der Bundeswehr gedeutet werden. Vielmehr erwartet das Gros der Bundesbürger von der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, dass sie ein vielgestaltiges Aufgabenspektrum wahrnimmt.

Abbildung 6.1: Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2012–2014.

Zunächst ist zu konstatieren, dass die abgefragten Zielstellungen allesamt auf mehrheitliche Zustimmung treffen (vgl. Tabelle 6.1). Dennoch lassen sich eine Rangfolge und gewisse Abstufungen erkennen, die Präferenzen der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck bringen. Die höchste Zustimmung erfahren – wenig überraschend – Beiträge zur Katastrophenhilfe, die fast einmütig unterstützt werden. Dem schließen sich außenpolitische Zielstellungen mit sicherheitspolitischen und militärischen Präferenzen an. An zweiter Stelle steht mit der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität der Bundesrepublik eine Zielsetzung, die sich klassischerweise, wenn auch nicht ausschließlich, auf militärische Mittel stützt. Den überragenden Stellenwert der Friedenssicherung verdeutlicht der Grad der Zustimmung für diese Zielstellung, die von 83 Prozent der Befragten

als zentral betrachtet wird. Dieses Antwortmuster unterstreicht die Präferenz der deutschen wie anderer kontinentaleuropäischer Bevölkerungen für nicht-militärische Konfliktlösungen. Dieses Gebot dürfte auch für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus gelten. Die Zielstellung wird zwar weithin geteilt – etwa drei Viertel stimmen zu –, gedacht ist jedoch wohl in erster Linie an politische, diplomatische, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen. Die Achtung für Menschenrechte halten sieben von zehn Befragten für ein wesentliches Ziel deutscher Außenpolitik, und ein ähnlich großer Anteil befürwortet ein Engagement für Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dem schließen sich der Schutz der Umwelt, die Ressourcenversorgung, die Förderung von demokratischen Strukturen und der freie Welthandel an, die zwischen 59 Prozent und 67 Prozent der Befragten als Ziel deutscher Außenpolitik ansehen. Die Stärkung der EU erfährt eine geringere, wenn auch mehrheitliche, Unterstützung und die Entwicklungszusammenarbeit lehnen immerhin 22 Prozent der Befragten ab, was den höchsten Anteil bei allen betrachteten Zielstellungen darstellt.

Tabelle 6.1: Außen- und sicherheitspolitische Ziele

„Die Bundesregierung kann in der Formulierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik ja unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Für wie wichtig erachten Sie diese außen- und sicherheitspolitischen Ziele?“ (Angaben in Prozent)				
	Wichtig ¹	Teils/teils	Unwichtig ²	Weiß nicht/ k.A.
Katastrophenhilfe leisten	94	4	1	0
Die Sicherheit und Stabilität Deutschlands gewährleisten	91	6	3	1
Den Frieden in der Welt sichern helfen	83	12	4	1
Den internationalen Terrorismus weltweit bekämpfen helfen	72	19	9	1
Zur Achtung der Menschenrechte weltweit beitragen	70	20	8	1
Sich für Rüstungskontrolle und Abrüstung engagieren	68	22	8	2
Die Umwelt schützen helfen	67	20	12	1
Die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen sichern	65	19	15	2
Die Verbreitung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern	63	25	11	1
Den freien und ungehinderten Welthandel sicherstellen	59	24	15	2
Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union stärken	51	32	15	2
Die Wirtschaftsentwicklung in ärmeren Ländern fördern	50	27	22	1

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Sehr wichtig“ und „Eher wichtig“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr unwichtig“ und „Eher unwichtig“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Aufs Ganze betrachtet scheint es mittlerweile gesellschaftlicher Konsens, dass Deutschland an internationaler Verantwortung gewonnen hat. Die Frage, welche Konsequenzen dieser Verantwortungszuwachs zeitigen sollte, wird jedoch in der Bevölkerung disparat beantwortet. Wie die präsentierten Ergebnisse verdeutlichen, wird der deutschen Außenpolitik ein ganzes Spektrum an Aufgaben und Zielstellungen zugewiesen. Einige

davon sind im engeren Sinne im Bereich der Sicherheitspolitik zu verorten, andere fallen eher ins diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Ressort. Aus der gewachsenen Verantwortung Deutschlands lässt sich aus Sicht der Befragten mithin keine Notwendigkeit zum globalen und entgrenzten Einsatz militärischer Mittel ableiten. Vielmehr deuten sich Präferenzen für friedliche Konfliktlösungen mit vorrangig nicht-militärischen Instrumenten an, wie sie auch in den anderen Kapiteln dieses Forschungsberichts zutage treten.

7 Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zur Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr

Meike Wanner

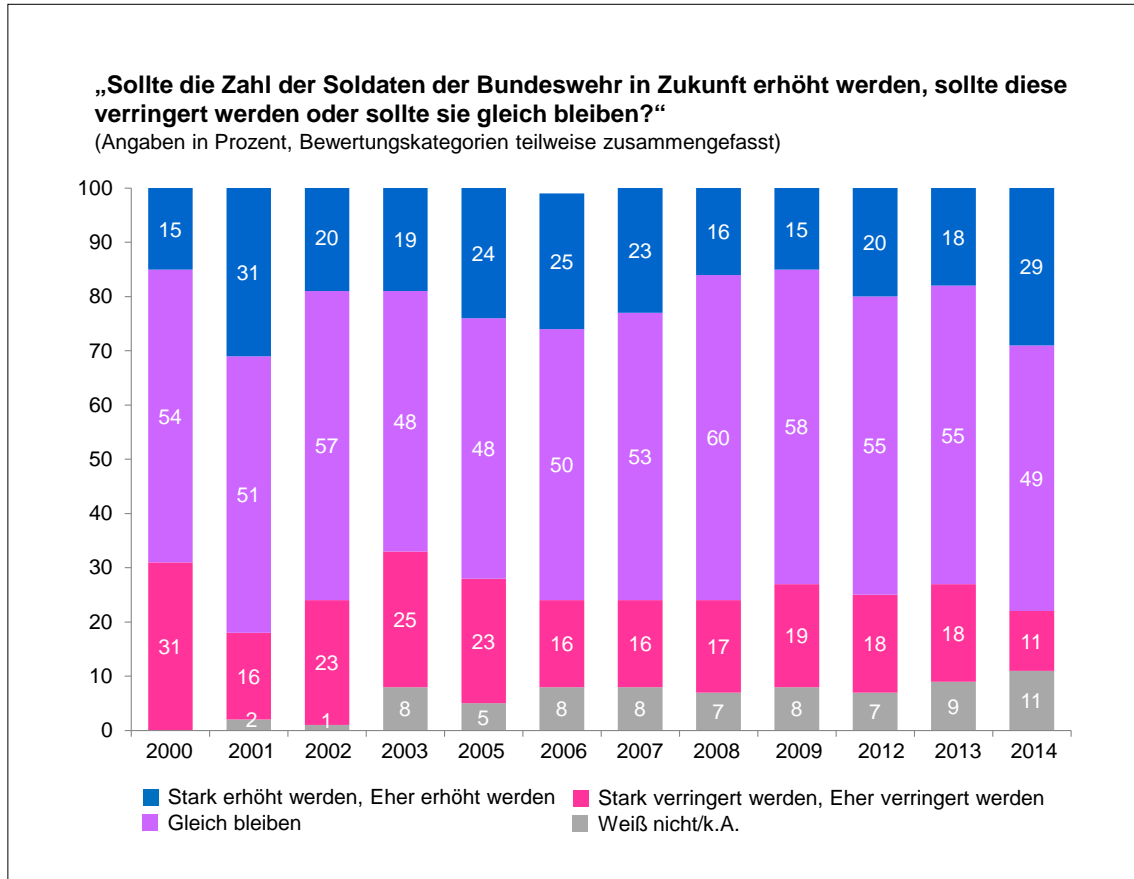
Die Bereitstellung personeller wie finanzieller Ressourcen stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit und den internationalen Einfluss der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Im Bundeshaushalt 2014 wurde die Höhe der Verteidigungsausgaben mit 32,8 Milliarden Euro beziffert. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Ausgaben um rund 422 Millionen Euro gesenkt. Ursachen für die Senkung der Gesamtausgaben sind Kürzungen im Haushalt zur Erbringung des solidarischen Anteils an der Gegenfinanzierung des Betreuungsgeldes sowie die Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr. Im Jahr 2014 dienten rund 179 000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie Freiwillig Wehrdienst Leistende in der Bundeswehr (vgl. Bundeswehr 2015a). Durch die Neuausrichtung der Bundeswehr, und insbesondere die Aussetzung der Wehrpflicht, ergeben sich für den Arbeitgeber Bundeswehr neue Herausforderungen und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Bindung qualifizierten Personals. Um demografiefest zu werden, muss deshalb mittel- und langfristig um geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geworben werden. Maßnahmen, die im Rahmen eines Programms zur Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr im Sommer 2014 vorgestellt wurden, werden durch den Verteidigungshaushalt finanziert. Verteidigungsministerin von der Leyen betonte: „Wir wollen mit diesem Haushalt dazu beitragen, dass die Leistungen, aber auch die Attraktivität unserer Bundeswehr sichtbar werden.“ (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2014)

Mit dem Neuausrichtungsprozess der Bundeswehr geht zudem die Entwicklung einher, dass sich die Bundeswehr (neuen) Aufgabenbereichen im Auslandseinsatz stellen muss. Diese Entwicklung wird immer häufiger zum Anlass genommen, um über die Notwendigkeit einer Modernisierung der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr, z.B. mit bewaffneten Drohnen, zu debattieren (vgl. Friederichs 2013; Werkhäuser 2013; Wiegold 2014).

Im Folgenden werden die Einstellungen der Bundesbürger zum Personalumfang, zur finanziellen Ausstattung der Streitkräfte sowie zur Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr analysiert. Hinsichtlich der Fragestellung, ob die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erhöht, verringert oder gleich bleiben sollte, sind für das Jahr

2014 im Vergleich zum Vorjahr deutliche Veränderungen zu beobachten (vgl. Abbildung 7.1).

Abbildung 7.1: Einstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2014.

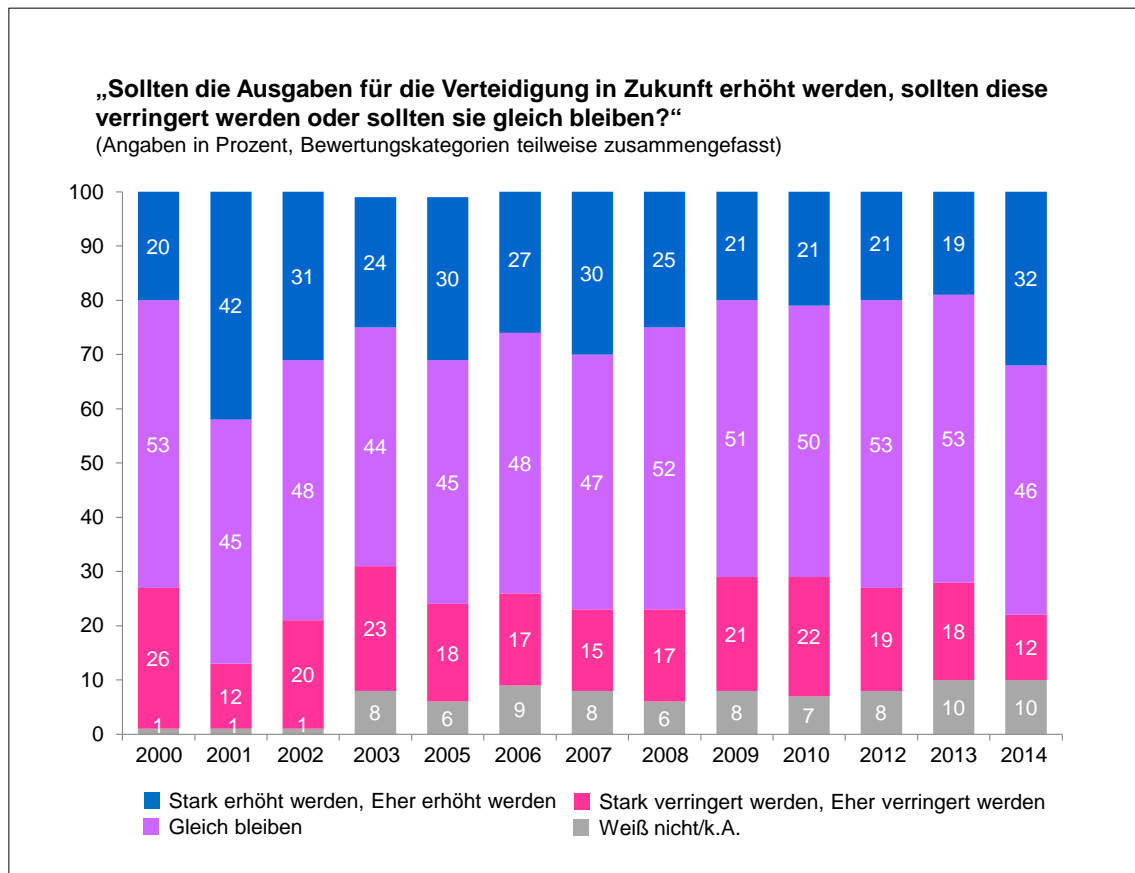
Der Anteil der Befürworter einer zukünftigen Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten ist merklich angestiegen (+11 Prozentpunkte). Analog dazu sprechen sich im Jahr 2014 weniger Bundesbürger dafür aus, dass die Anzahl der Soldaten gleich bleiben (-6 Prozentpunkte) oder verringert werden sollte (-7 Prozentpunkte).

Ein ähnliches Bild weist auch die Frage nach der Höhe der Verteidigungsausgaben aus (vgl. Abbildung 7.2). Auch hier nimmt der Anteil der Befürworter einer Erhöhung des Verteidigungsetats im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu (+13 Prozentpunkte). Gleichzeitig verringern sich die Anteile der Personen, die die Verteidigungsausgaben zukünftig gleich hoch (-7 Prozentpunkte) oder verringert (-6 Prozentpunkte) sehen möchten.

Eine differenzierte Betrachtung dieser Fragestellung nach unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen zeigt auf, dass sich insbesondere Männer, Personen mittleren Alters (30 bis 49 Jahre), Personen mit mittlerem Bildungsniveau oder höherem Ein-

kommen und Anhänger von CDU und CSU für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aussprechen (vgl. Tabelle 7.1). Für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben sind hingegen am ehesten die Jungen (16 bis 29 Jahre) sowie die Ostdeutschen.

Abbildung 7.2: Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2014.

Wodurch sind die Veränderungen der Zustimmungswerte zur Erhöhung des Personalumfangs und zur Höhe der Verteidigungsausgaben begründet? Weitergehende Analysen zeigen, dass ein Einfluss der Wahrnehmung militärisch-terroristischer Bedrohungsfaktoren (siehe dazu Abschnitt 3) auf die Zustimmung, die Truppenstärke bzw. die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, besteht. Mit zunehmender Wahrnehmung militärisch-terroristischer Bedrohungen steigt auch die Befürwortung der Erhöhung des Personalumfangs bzw. der Verteidigungsausgaben (vgl. Abbildung 7.3).²³ Dieses Ergebnis deckt sich mit einer Studie, die im Auftrag der Deutschen Presseagentur durchgeführt

²³ Einfluss der Bedrohungswahrnehmung auf die Befürwortung der Erhöhung der Verteidigungsausgaben: $\beta = .113^{***}$, $R^2 = .039^{***}$; kontrolliert auf Geschlecht, Alter, Links-Rechts-Einstufung, Bildung und Einkommen.

wurde und die zu dem Fazit kommt, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Erhöhung des Verteidigungsetats angesichts der Vielzahl an weltweiten Konflikten eher zustimmen (vgl. Hertreiter 2015; Wirtschaftswoche 2015).

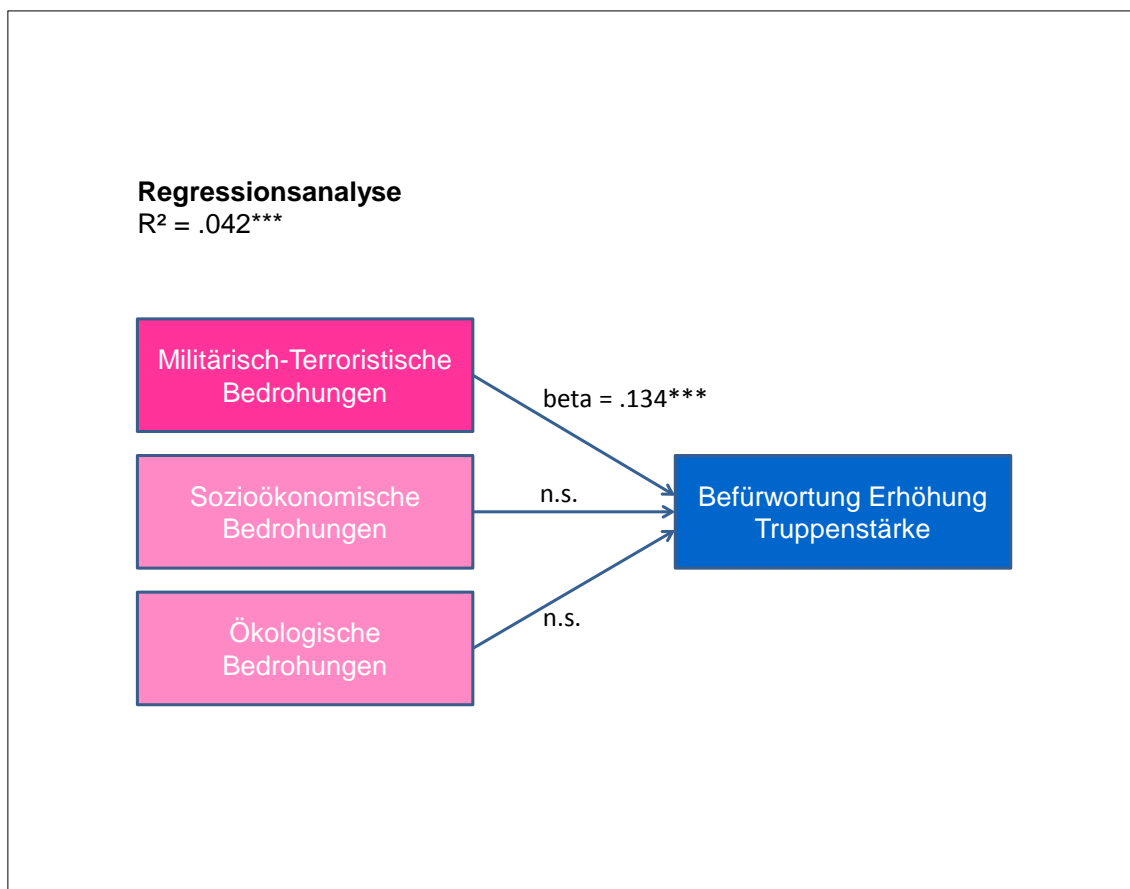
Tabelle 7.1: Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben

„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)				
	Sollten erhöht werden ¹	Sollten gleichbleiben	Sollten verringert werden ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	32	46	12	10
Geschlecht ***				
Männer	37	44	13	6
Frauen	27	47	12	14
Alter *				
16 bis 29 Jahre	28	43	16	13
30 bis 49 Jahre	35	46	12	8
50 bis 69 Jahre	31	47	11	11
70 Jahre und älter	31	47	11	11
Bildungsniveau **				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	31	47	14	9
Realschulabschluss	36	45	10	9
Hauptschulabschluss	28	47	13	11
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **				
4.001 Euro und mehr	35	49	(9)	(8)
2.001 bis 4.000 Euro	33	50	12	6
Bis 2.000 Euro	29	46	14	11
Parteipräferenz ***				
CDU/CSU	39	45	(6)	10
SPD	29	56	10	(5)
Bündnis 90/Die Grünen	(24)	49	(18)	(9)
Die Linke	(19)	52	(23)	(6)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	29	39	20	(12)
Region ***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	42	37	13	(7)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	21	54	20	(5)
Süddeutschland (BW, BY)	40	36	10	15
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	27	53	10	11

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Signifikanzniveau: *** $p = .000$; ** $p \leq .010$; * $p \leq .050$; n.s. = nicht signifikant ($p > .050$); Werte in Klammern: $n \leq 50$.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Abbildung 7.3: Bedrohungswahrnehmung und Truppenstärke



Multivariate Regressionsanalyse mit Faktorwerten, kontrolliert auf Geschlecht, Alter, Links-Rechts-Einstufung, Bildung und Einkommen. Ausgewiesen ist das korrigierte R^2 .

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Ein weiteres Argument für die wachsende Zustimmung der personellen Vergrößerung der Truppe und der Erhöhung der Verteidigungsausgaben kann in der Medienberichterstattung gesehen werden (vgl. Abbildung 7.4). In den Monaten vor und während des Befragungszeitraumes der vorliegenden Studie wurde intensiv über Ausrüstungsmängel in der Bundeswehr berichtet (vgl. Die Welt Online 2014; Handelsblatt Online 2014; Jungholt 2014; Spiegel Online 2014; Zeit Online 2014).

Auch die seit 2005 jährlich durchgeführte Medienanalyse „InfoMonitor“, die die Berichterstattung der Hauptnachrichten im Auftrag der ARD/ZDF-Medienkommission dokumentiert und analysiert, führt die Ausrüstungsmängel der Bundeswehr auf Rang 14 als eines der Top-20-Themen in den Fernsehnachrichten des Jahres 2014 auf (vgl. Institut für empirische Medienforschung 2014; Krüger 2015). Die Detailbetrachtung für Oktober 2014, den Vormonat der Datenerhebungsphase der vorliegenden Studie, weist das Thema „Situation der Bundeswehr/Ausrüstungsmängel“ sogar auf Rang 6 der Top-10-Themen in den Hauptnachrichten aus (vgl. Abbildung 7.5). Die Bürgerinnen und Bürger

befürworten folglich die Erhöhung finanzieller Mittel und personeller Ressourcen für die Bundeswehr, um bestehende Ausrüstungsmängel zu beheben und die Truppe für ihre Aufgaben im Einsatz zu wappnen.

Abbildung 7.4: Medienberichte über die Ausrüstungsmängel der Bundeswehr

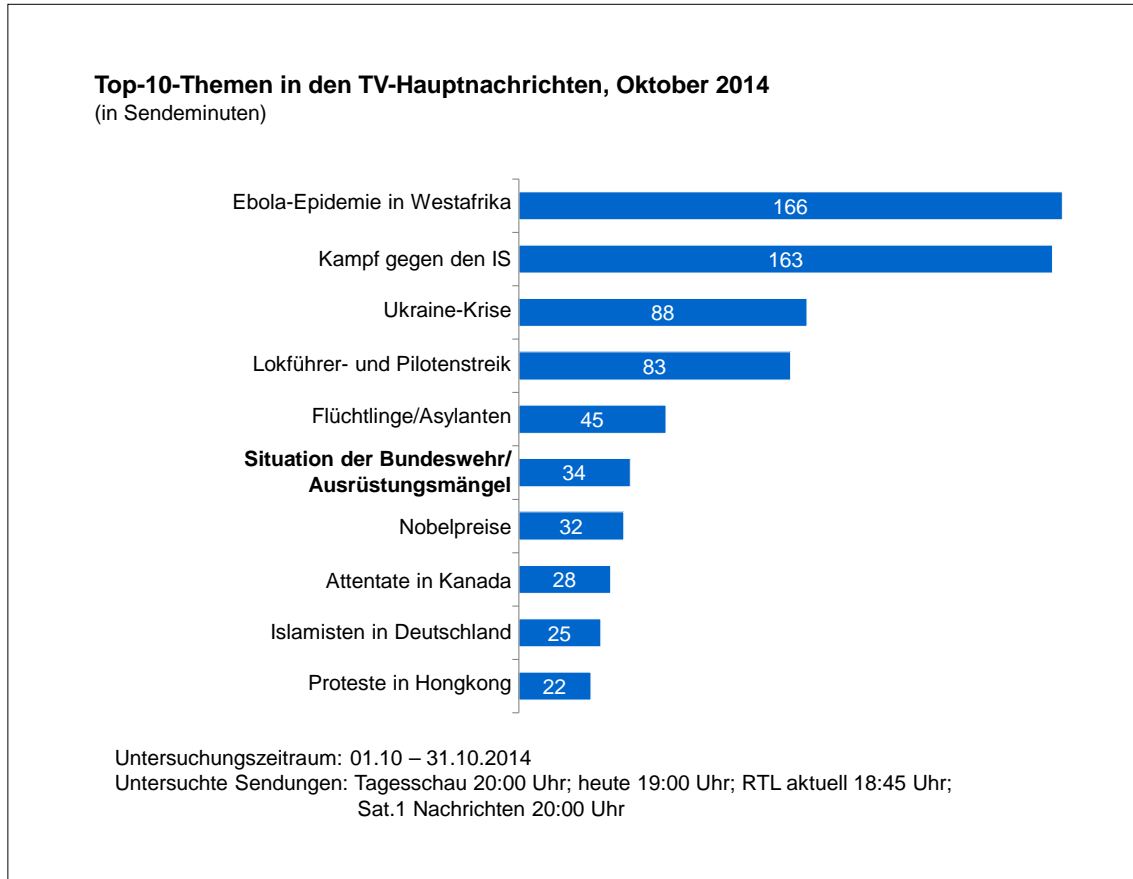
The image shows two news articles side-by-side. On the left is a screenshot from Zeit Online, dated October 6, 2014, with the headline "Von der Leyen gesteht schwere Ausrüstungsmängel ein". The article text mentions that the defense minister sees craft errors and overloading as reasons for the problems. On the right is a screenshot from Die Welt, dated September 28, 2014, with the headline "Pannen und Peinlichkeiten bei der Bundeswehr". This article states that the Bundeswehr cannot fulfill tasks in foreign deployments and at the NATO level due to equipment shortages. Both articles include photographs: the left one shows Ursula von der Leyen in a military setting, and the right one shows military helicopters on a tarmac.

Im Anschluss daran wurde erfragt, ob bewaffnete Drohnen zukünftig zur Ausrüstung der Bundeswehr gehören sollten. Diese Fragestellung wurde erstmals im Jahr 2013 formuliert und griff damit ein zum damaligen Zeitpunkt aktuelles Thema auf, nämlich den Stopp des Beschaffungsvorhabens der Aufklärungsdrohne „Euro-Hawk“ (offizielle Bekanntgabe am 14. Mai 2013) (vgl. Gebauer 2013; Lohse 2013; Spiegel Online 2013).

Im Jahr 2014 bejaht rund ein Drittel der Bevölkerung (35 Prozent) die Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen, etwas mehr als die Hälfte spricht sich dagegen aus (53 Prozent) und 12 Prozent wählen die Kategorie „Weiß nicht/keine Angabe“ (vgl. Abbildung 7.6). Im Vergleich zum Vorjahr werden zwei Entwicklungen deutlich. Zum einen können sich die Bürgerinnen und Bürger eher eine eindeutige Meinung zu diesem Thema bilden, denn der Anteil der Unentschiedenen, die die Antwortkategorie „Weiß

nicht/keine Angabe“ wählen, geht um 14 Prozentpunkte zurück. Zum anderen finden sich Zuwächse vornehmlich im Positivbereich (+11 Prozentpunkte).

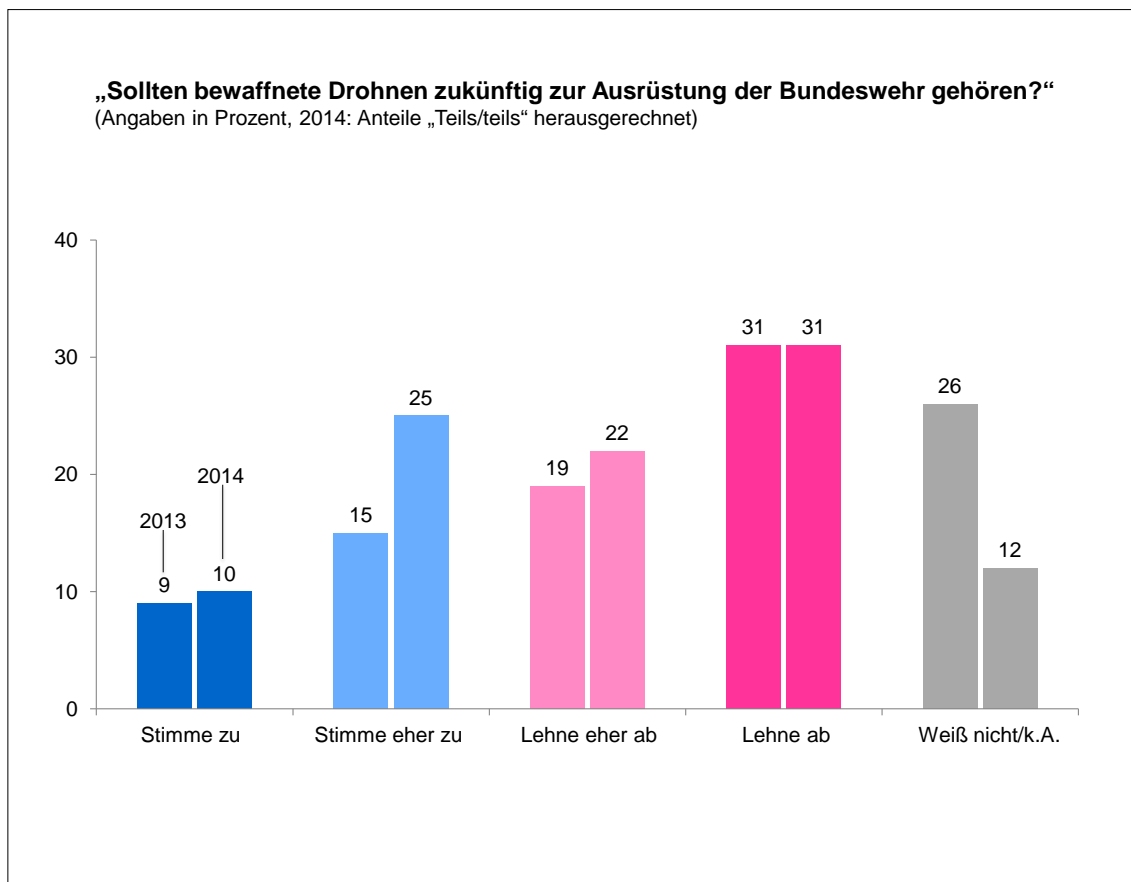
Abbildung 7.5: InfoMonitor Oktober 2014



Datenbasis: Institut für empirische Medienforschung (IFEM), eigene Darstellung.

Die differenzierte Betrachtung dieser Fragestellung entlang der soziodemografischen Merkmale der Befragten (nicht tabellarisch ausgewiesen), zeigt auf, dass Männer eher als Frauen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen befürworten (42 Prozent/28 Prozent). Frauen sind zudem häufig unentschiedener als Männer (17 Prozent/7 Prozent). Einen signifikanten Unterschied gibt es auch bezüglich der Altersgruppen. Jüngere und Personen mittleren Alters sprechen sich eher für die Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen aus als Ältere (30–49 Jahre: 37 Prozent; 70 Jahre und älter: 31 Prozent). Hinsichtlich des Bildungsniveaus wird deutlich, dass Personen mit mittlerem Bildungsgrad (40 Prozent) eher für bewaffnete Drohnen in der Bundeswehr votieren als Personen mit hohem (33 Prozent) oder niedrigem Bildungsniveau (31 Prozent). Regional betrachtet unterstützen Norddeutsche die Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr am ehesten (49 Prozent), Ostdeutsche lehnen Selbiges am ehesten ab (28 Prozent).

Abbildung 7.6: Einstellungen zu bewaffneten Drohnen in der Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2014.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Bevölkerung, bedingt durch die vermehrte Wahrnehmung militärisch-terroristischer Konflikte in der Welt und durch die intensive Medienberichterstattung über Ausrüstungsmängel in der Bundeswehr im Jahr 2014 stärker dafür ausspricht, sowohl die Verteidigungsausgaben als auch den Personalbestand der Bundeswehr zu erhöhen. In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger erscheint dies als notwendige Maßnahme, um die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte erhalten zu können. Hinsichtlich der Frage, ob bewaffnete Drohnen zukünftig zur Ausrüstung der Bundeswehr gehören sollten, zeigt sich, dass dies im Jahr 2014 zwar immer noch mehrheitlich abgelehnt wird, doch im Zeitvergleich ist die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger etwas positiver geworden.

8 Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

Meike Wanner

Bezüglich der Aufgabenbereiche der Bundeswehr heißt es im Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, dass sich diese aus dem verfassungsrechtlichen Auftrag sowie den Werten, Zielen und Interessen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ableiten. Die Bundeswehr hat den Auftrag „die außenpolitische Handlungsfähigkeit zu sichern, einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen zu leisten, die nationale Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten, zur Verteidigung der Verbündeten beizutragen, die multinationale Zusammenarbeit und Integration zu fördern“ (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2006). Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass die Verflechtungen innerer und äußerer Sicherheit stetig zunehmen, was sich auch auf die zukünftige Ausgestaltung der Aufgabenbereiche der Bundeswehr auswirken kann (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2013).

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2014 wurde die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundeswehr erfragt (vgl. Tabelle 8.1). Jeweils neun von zehn Befragten befürworteten den Einsatz der Bundeswehr, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren und um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen sowie medizinische Hilfe zu leisten. Weiterhin sprechen sich 80 Prozent der Bundesbürger dafür aus, die Bundeswehr einzusetzen, um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren. Von Relevanz erscheinen demnach insbesondere die originären Aufgabenbereiche der Bundeswehr: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe sowie der Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger.

Weiterhin wird der Einsatz der Bundeswehr mehrheitlich befürwortet, wenn damit humanitäre Ziele verfolgt werden (Völkermord zu verhindern: 66 Prozent) oder wenn dieser durch Bündnisverpflichtungen relevant werden könnte (gegen Länder, die Deutschland oder einen Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen: 65 Prozent; einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wurde: 64 Prozent). Auch den Einsatz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands (zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung) und die Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus befürworteten jeweils 60 Prozent der Befragten. Es ist zu vermuten, dass mögliche gesetzliche Beschränkun-

gen von Inlandseinsätzen der Bundeswehr den Bürgerinnen und Bürgern entweder unbekannt sind oder dass sie bei der Bewertung außer Acht gelassen werden. Am seltensten befürwortet wird der Einsatz der Bundeswehr, um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (52 Prozent), um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (51 Prozent) und um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen (37 Prozent).

Tabelle 8.1: Vorstellung von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

„Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden,...	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren.	93	4	3	0
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	92	5	2	0
um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.	80	12	7	1
um einen Völkermord zu verhindern.	66	20	10	3
um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen.	65	19	14	1
um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wurde.	64	26	9	1
zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands.	60	16	23	1
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	60	25	14	2
um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren.	52	29	17	2
um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	51	20	27	2
um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen.	37	28	33	2

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Deutlich wird insgesamt, dass der Einsatz militärischer Gewalt prinzipiell kein Tabuthema für die deutschen Staatsbürger darstellt. Die Akzeptanz militärischer Gewalt ist dann am größten, wenn Deutschland bzw. deutsche Staatsbürger bedroht sind oder wenn das Leid, das aus einem Nichteingreifen der Bundeswehr erwachsen könnte, zu groß ist und damit eine moralische Verpflichtung zur Hilfeleistung empfunden wird.

Im Rahmen der Untersuchungen ist deutlich geworden, dass das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr, wie es im Weißbuch 2006 definiert wurde, von der Bevölkerung weitgehend mitgetragen wird. Deutlich wird jedoch auch die Tendenz, dass insbesondere Aufgabenbereiche, die Hilfeleistung und Unterstützung beinhalten, große Zustimmung erfahren, während Aufgaben, die ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr erfordern könnten, kritischer gesehen werden.

9 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Bewertung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr

Meike Wanner

Mit den Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage gehen auch Veränderungen des Aufgabenspektrums der Bundeswehr einher. Um Auswirkungen von Krisen und Konflikten in einer globalisierten Welt auf Distanz zu halten, kann der Einsatz der Bundeswehr auch in weit entfernten Gebieten notwendig werden. Die Bundeswehr wandelt sich mehr und mehr von einer Armee zur Landesverteidigung in Zeiten des Kalten Krieges zu einer Armee für internationale Einsätze weltweit.

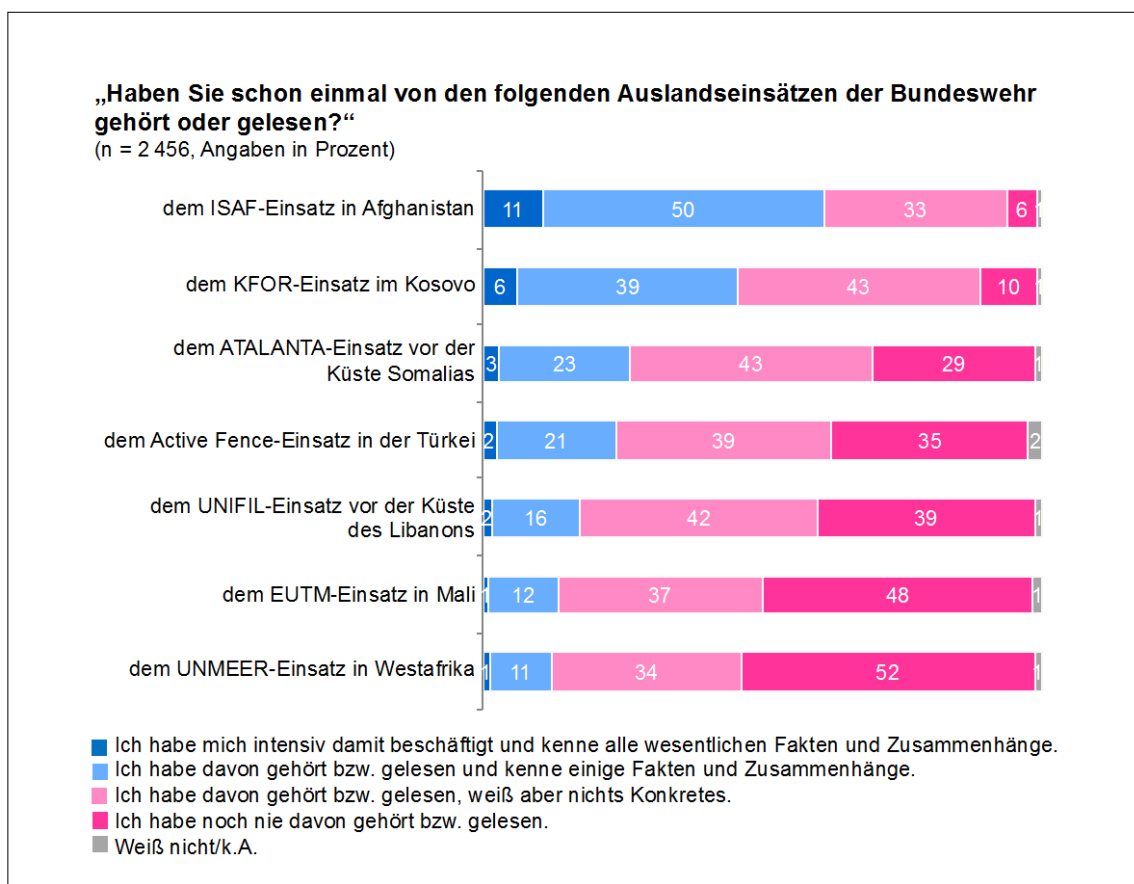
Im Jahr 2014 engagierte sich die Bundeswehr in mehreren Missionen im Ausland mit rund 2 260 Soldatinnen und Soldaten (vgl. Bundeswehr 2015b). Sie beteiligte sich unter anderem in Afghanistan (ISAF), mit dem Ziel das Land zu stabilisieren und die afghanische Bevölkerung vor Terror und Gewalt zu schützen. Außerdem nahm die Bundeswehr an der KFOR-Truppe zur Stabilisierung des Kosovo teil. Weitere Missionen unter Beteiligung der Bundeswehr waren die Anti-Piraterie-Mission vor der Küste Somalias (ATALANTA) sowie die Mission zur Kontrolle der Seewege und zur Unterbindung des Waffenschmuggels vor der Küste des Libanons (UNIFIL). Im Jahr 2013 hinzugekommen sind die Ausbildungsmission von Streitkräften und Sanitätern zur Stabilisierung Malis (EUTM) sowie die Stationierungsmission von Flugabwehrsystemen des Typs Patriot zum Schutz türkischen Territoriums gegen syrische Raketen (Active Fence). Im Jahr 2014 beteiligte sich die Bundeswehr außerdem an einer humanitären Mission zur Hilfeleistung während der Ebola-Epidemie in Westafrika (UNMEER). Die Bundeswehr stellte Lufttransportkapazitäten bereit und richtete eine Luftbrücke zum Transport von Hilfsgütern ein (vgl. Bundeswehr 2015c).

Doch wie bekannt sind der deutschen Bevölkerung die einzelnen Auslandseinsätze und wie sieht es hinsichtlich der Zustimmung einer Beteiligung der Bundeswehr an den unterschiedlichen Auslandsmissionen aus? Welche Einsätze und Einsatzziele werden unterstützt, welche eher kritisch gesehen? Die Frage nach der Kenntnis der unterschiedlichen Auslandseinsätze innerhalb der Bevölkerung zeigt auf, dass der ISAF-Einsatz in Afghanistan der bekannteste Auslandseinsatz der Bundeswehr ist (vgl. Abbildung 9.1).

Insgesamt 61 Prozent der Bundesbürger geben an, alle oder einige Fakten und Zusammenhänge rund um diesen Einsatz zu kennen. Der KFOR-Einsatz im Kosovo ist, als

Einsatz in Europa, die zweitbekannteste Auslandsmission der Bundeswehr (45 Prozent). Während Fakten und Zusammenhänge der Anti-Piraterie Mission (ATALANTA) und der Stationierungsmission an der türkischen Grenze (Active Fence) noch jeweils rund einem Viertel der Befragten ein Begriff sind (26 bzw. 23 Prozent), schrumpfen diese Anteilswerte bei der Mission zur Kontrolle der Seewege vor der Küste des Libanons (UNIFIL) auf knapp ein Fünftel (18 Prozent). Fakten und Zusammenhänge rund um die Ausbildungsmission in Mali (EUTM) und den humanitären Einsatz zur Hilfeleistung während der Ebola-Epidemie in Westafrika (UNMEER) sind hingegen nur jeweils rund einem von zehn Bundesbürgern bekannt (13 bzw. 12 Prozent).

Abbildung 9.1: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr

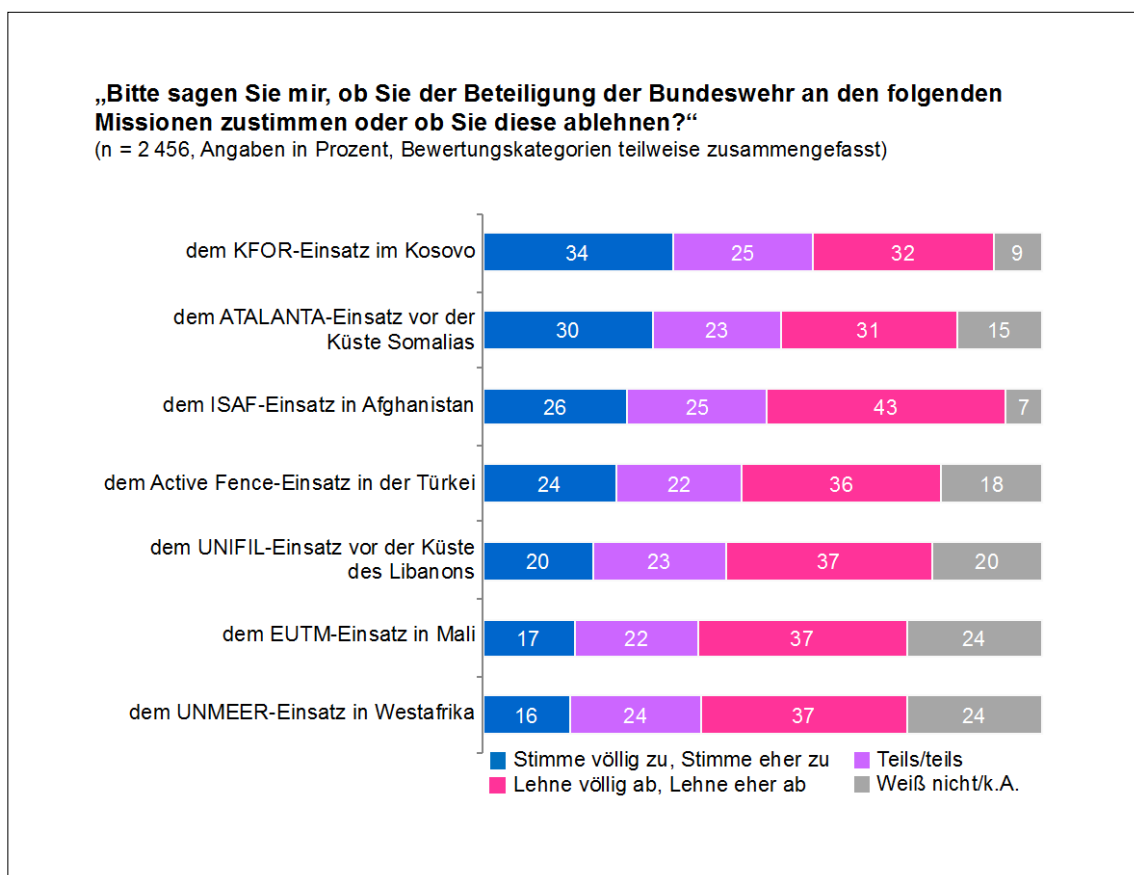


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Die vergleichende Betrachtung der Zustimmungswerte zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verdeutlicht, dass am ehesten die Mission Akzeptanz erfährt, die durch ihre Zielsetzungen originär als Stabilisierungsmission gekennzeichnet und in Europa verortet ist. Denn der Einsatz zur Stabilisierung des Kosovo (KFOR) wird von einem Drittel der Bundesbürger befürwortet (34 Prozent) (vgl. Abbildung 9.2). Der Bundeswehreinsatz im Kosovo ist zudem die einzige Mission, die eher befürwortet als abgelehnt wird

(Zustimmung: 34 Prozent; Ablehnung: 32 Prozent). Weiterhin wird deutlich, dass die Missionen befürwortet werden, von denen erwartet werden kann, dass deren Zielsetzungen auch Auswirkungen auf die Versorgung Deutschlands haben können. Entsprechend wird der Anti-Piraterie Mission vor der Küste Somalias (ATALANTA) am zweithäufigsten zugestimmt (30 Prozent). Während die Einsätze in Afghanistan und in der Türkei noch von jeweils einem Viertel der Befragten befürwortet werden (26 bzw. 24 Prozent), erhalten die Missionen vor der Küste des Libanons, in Mali und in Westafrika nur noch die Zustimmung von rund einem Fünftel der Bevölkerung (20 bis 16 Prozent).

Abbildung 9.2: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr



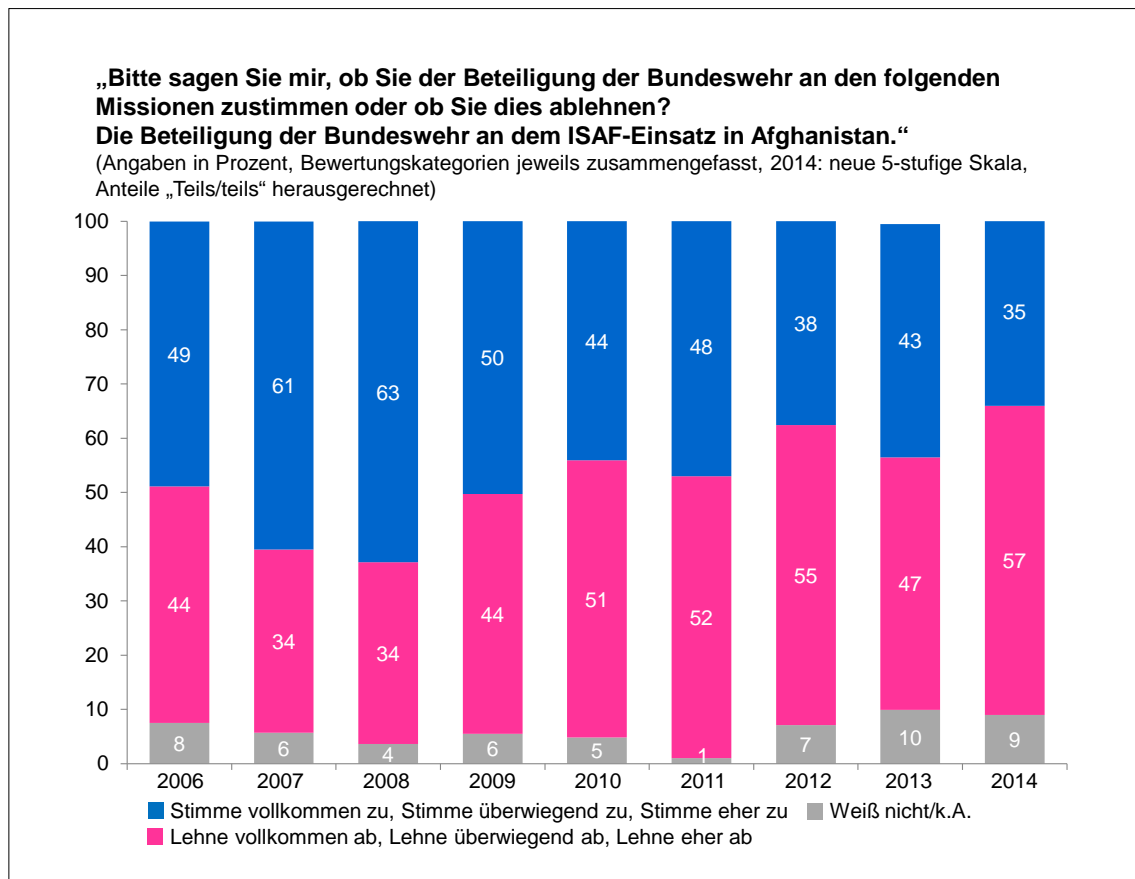
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Insgesamt wird deutlich, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr von einem beachtlichen Anteil der Bevölkerung abgelehnt werden. Die Spanne reicht von 31 Prozent Ablehnung für den ATALANTA-Einsatz bis zu 43 Prozent Ablehnung für den ISAF-Einsatz in Afghanistan. Bemerkenswert ist außerdem, dass sich viele Befragte bei dieser Frage keine eindeutige Meinung bilden können und mit „Teils/teils“ oder „Weiß nicht/keine Angabe“ antworten. Die jeweiligen Werte liegen in einer Spanne von 32 bis

48 Prozent und korrespondieren mit den Anteilen derjenigen, die von den Einsätzen noch nie gehört haben bzw. nur wenig darüber wissen.

Die Betrachtung der Zustimmungswerte zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr im Zeitvergleich verdeutlicht, dass der ISAF-Einsatz im Jahr 2008 mit 63 Prozent die höchsten Zustimmungswerte erhalten hat (vgl. Abbildung 9.3). In den darauffolgenden Jahren schwankt die Zustimmung zum Afghanistaneinsatz und sinkt im Jahr 2014, kurz vor der offiziellen Beendigung der ISAF-Mission, auf 35 Prozent ab.

Abbildung 9.3: Zustimmung zum ISAF-Einsatz der Bundeswehr im Zeitvergleich



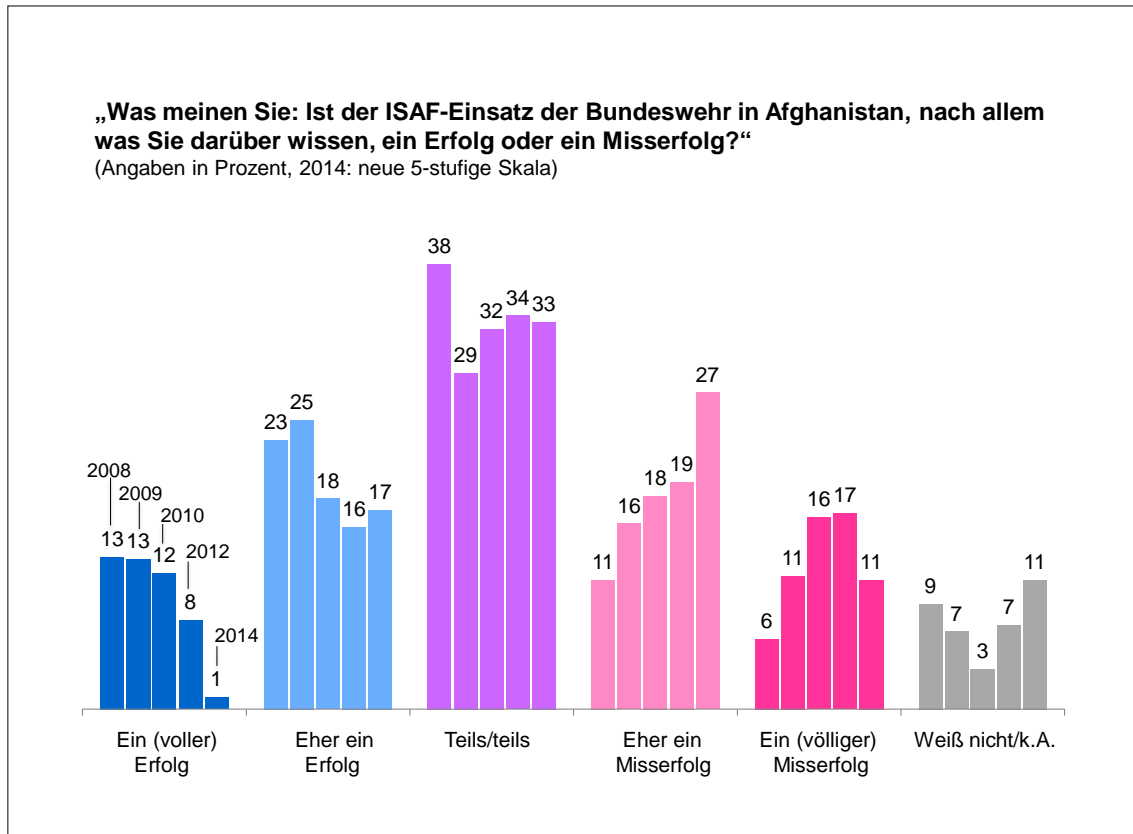
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2006–2014.

In einer früheren Untersuchung des damaligen Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) wurde herausgefunden, dass die Zustimmung der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz stark davon abhängt, inwiefern die Bevölkerung den Einsatz als Erfolg wahrnimmt (vgl. Fiebig 2012). Aus diesem Grund wurde genau diese Fragestellung in den Fragebogen integriert (vgl. Abbildung 9.4).

Für das Jahr 2014 zeigt sich, dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan nur von einer Minderheit (18 Prozent) als erfolgreich wahrgenommen wird. Ein Drittel (33 Prozent)

sieht ihn zumindest teilweise als Erfolg an und 38 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass der ISAF-Einsatz nach allem, was sie darüber wissen, ein Misserfolg ist.

Abbildung 9.4: Erfolgseinschätzung des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2008–2014.

Der Zeitvergleich verdeutlicht, dass der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan von immer weniger Bürgerinnen und Bürgern als ein erfolgreicher Einsatz wahrgenommen wird.²⁴ Während im Jahr 2009 noch rund 38 Prozent der Befragten der Ansicht waren, ISAF wäre alles in allem betrachtet ein erfolgreicher Einsatz, so waren dies 2014 nur noch 18 Prozent (-20 Prozentpunkte). Gleichzeitig steigt der Anteil der Personen an, die den Einsatz als Misserfolg bezeichnen (2008: 17 Prozent; 2014: 38 Prozent).

Eine weitere Erklärung für die schwankenden Zustimmungswerte zum ISAF-Einsatz im Zeitvergleich könnte durch die Art und Intensität der Medienberichterstattung geliefert

²⁴ Aufgrund der Änderung der Befragungsskala, können die Ergebnisse aus dem Jahr 2013 nicht im Vergleich betrachtet werden: Ein voller Erfolg: 2 Prozent; Ein Erfolg: 11 Prozent; Eher ein Erfolg: 31 Prozent; Eher ein Misserfolg: 26 Prozent; Ein Misserfolg: 10 Prozent; Ein völliger Misserfolg: 5 Prozent; Weiß nicht/keine Angabe: 15 Prozent.

werden. Die Ergebnisse von Medienanalysen deuten darauf hin, dass die Berichterstattung über den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr in Folge von Ereignissen mit einem hohen Nachrichtenwert, also von Anschlägen, Gefechten und Todesfällen deutscher Soldaten oder afghanischer Zivilisten, zwischenzeitlich deutlich ansteigt.²⁵ Im Jahr 2009 erregte der von einem deutschen Oberst angeforderte Luftangriff auf zwei entführte Tanklaster bei Kunduz große Aufmerksamkeit in den Medien, bei dem bis zu 142 Menschen, darunter auch viele Zivilisten, zu Tode kamen (vgl. Die Welt Online 2010; Gebauer 2009; Zeit Online 2009). Das Jahr 2010 wurde von einer Reihe von Gefechten und Anschlägen geprägt, in deren Verlauf acht deutsche Soldaten getötet wurden (vgl. Gebauer/Najafizada 2010; Zeit Online 2010). Zusammenhänge zwischen den Schwankungen der Zustimmungswerte im Zeitverlauf sowie dem Inhalt und der Intensität der Medienberichterstattung über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan können vermutet werden. Der Beschluss, das ISAF-Mandat zu beenden, der im Jahr 2012 auf dem NATO-Gipfel in Chicago getroffen wurde, trägt eventuell dazu bei, dass die Zustimmungswerte zu ISAF, kurz vor der offiziellen Beendigung der Mission im Dezember 2014 in der Bevölkerung auf den Tiefpunkt von 35 Prozent abgesunken sind (vgl. Süddeutsche Online 2012).

Aufgrund dieser Ergebnisse verwundert es nicht, dass sich die Mehrheit der Befragten dagegen ausspricht, dass sich Deutschland in nächster Zeit noch einmal an einem Auslandseinsatz ähnlich dem ISAF-Einsatz in Afghanistan beteiligt (57 Prozent) (vgl. Abbildung 9.5). Jeweils rund ein Fünftel der Bundesbürger sprechen sich dafür bzw. vielleicht, unter Umständen dafür aus (jeweils 19 Prozent).

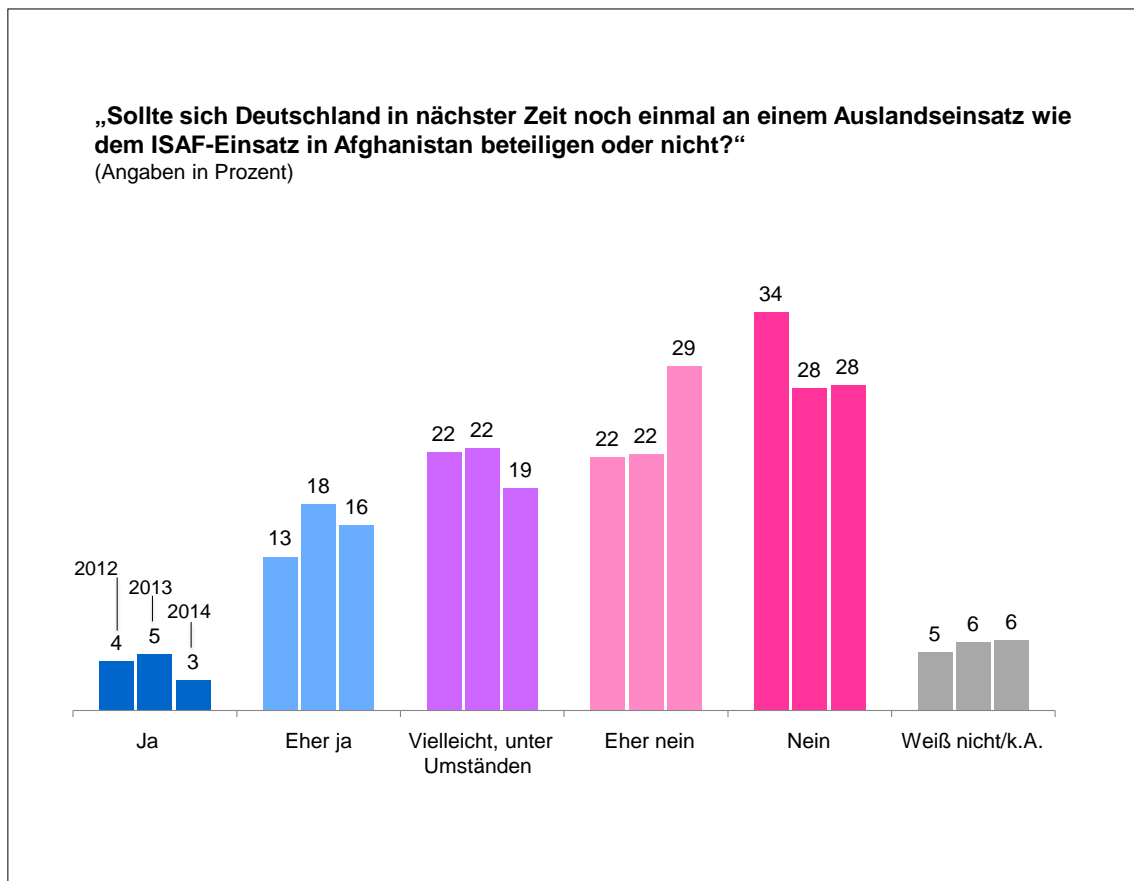
Auch in diesem Fall wurde diese Fragestellung noch einmal differenziert betrachtet (vgl. Tabelle 9.1). Für eine Beteiligung der Bundeswehr an einer weiteren Mission wie dem ISAF-Einsatz sprechen sich demnach eher Männer, die Jüngeren, die Besserverdiener, die Parteianhänger der SPD und von CDU/CSU sowie die West- und Norddeutschen aus. Ablehnend in diesem Punkt zeigen sich eher Frauen, Ältere, Personen mit geringem Einkommen, Parteianhänger der Linken und Bündnis 90/Die Grünen sowie Ostdeutsche.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr von der Bevölkerung am ehesten akzeptiert werden, wenn diese als Unterstützungs-

²⁵ Datenbasis: „Tagesschau“ (ARD, 20:00 Uhr), „heute“ (ZDF, 19:00 Uhr), „RTL aktuell“ (RTL, 18:45 Uhr) und „Sat 1 Nachrichten“ (Sat 1, 20:00 Uhr) sowie die beiden öffentlich-rechtlichen Nachrichtenmagazine „Tagesthemen“ (ARD, 22:15 Uhr) und „heute-journal“ (ZDF, 21:45 Uhr) an allen Tagen des Jahres. Diese Sendungen gelten unter allen Nachrichtenangeboten als die meist gesehene Sendungen in der Hauptsendezeit. Eine Fragestellung des „InfoMonitors“ lautet: Welche Informationsanlässe bestimmen die Berichterstattung des entsprechenden Jahres? (vgl. Krüger 2006–2014).

oder Sicherungsmission gekennzeichnet sind bzw. wenn zu erwarten ist, dass die Einsätze auch Auswirkungen auf die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland, z.B. mit Rohstoffen, haben oder wenn diese innerhalb Europas verortet sind. Der ISAF-Einsatz in Afghanistan ist zwar der bekannteste Auslandseinsatz der Bundeswehr, erfährt jedoch im Vergleich mit den übrigen betrachteten Missionen die größte Ablehnung seitens der Bevölkerung. Ein Grund dafür ist in der Tatsache begründet, dass ISAF von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern als ein erfolgloser Einsatz wahrgenommen wird. Daraus folgt, dass eine zukünftige Beteiligung der Bundeswehr an weiteren Missionen, wie dem ISAF-Einsatz, mehrheitlich abgelehnt wird.

Abbildung 9.5: Einstellung zur zukünftigen Beteiligung der Bundeswehr an weiteren Auslandseinsätzen wie dem ISAF-Einsatz



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2012–2014.

Deutlich wird außerdem, dass die Bürgerinnen und Bürger insgesamt eher wenig über die Auslandseinsätze der Bundeswehr wissen. Eine intensivere Kommunikation sowie eine öffentlich geführte Diskussion über die Einsätze, die beabsichtigten Einsatzziele und auch aktuelle Geschehnisse im Einsatzalltag der Soldatinnen und Soldaten könnten dazu beitragen, das Wissen und Verständnis in der Bevölkerung zu steigern, die Ein-

satzbeteiligung der Bundeswehr zu begründen und damit die Grundlage für eine größere Akzeptanz und Befürwortung der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandsmissionen seitens der Bevölkerung zu schaffen.

Tabelle 9.1: Einstellung zur zukünftigen Beteiligung der Bundeswehr an weiteren Auslandseinsätzen wie dem ISAF-Einsatz

„Sollte sich Deutschland in nächster Zeit noch einmal an einem Auslandseinsatz wie dem ISAF-Einsatz in Afghanistan beteiligen oder nicht?“ (Angaben in Prozent)				
	Ja ¹	Vielleicht, unter Umständen	Nein ²	Weiß nicht/ k.A.
Insgesamt	18	19	57	6
Geschlecht ***				
Männer	23	17	56	5
Frauen	15	20	58	7
Alter *				
16 bis 29 Jahre	20	18	54	(9)
30 bis 49 Jahre	20	19	56	(6)
50 bis 69 Jahre	19	20	57	(5)
70 Jahre und älter	14	17	63	(7)
Bildungsniveau ^{n.s.}				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	19	19	58	(5)
Realschulabschluss	19	17	58	(6)
Hauptschulabschluss	17	19	57	7
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **				
4.001 Euro und mehr	24	22	50	4
2.001 bis 4.000 Euro	23	18	55	(4)
Bis 2.000 Euro	16	(21)	58	(6)
Parteipräferenz ***				
CDU/CSU	23	21	52	(4)
SPD	28	22	47	(3)
Bündnis 90/Die Grünen	(13)	(16)	68	(3)
Die Linke	(13)	(7)	76	(4)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	(8)	18	64	(10)
Region ***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	23	(13)	61	(3)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	12	13	70	(6)
Süddeutschland (BW, BY)	14	18	60	9
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	24	25	46	(5)

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
1) Anteile „Ja“ und „Eher ja“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Nein“ und „Eher nein“ wurden zusammengefasst.
Signifikanzniveau: *** p = .000; ** p ≤ .010; * p ≤ .050; n.s. = nicht signifikant (p > .050); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2014.

Literaturverzeichnis

- ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (2014): Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Frankfurt am Main: Springer VS, 239-278.
- Armborst, Andreas (2014): Sicherheitsforschung. In: Hoch/Zoche (Hrsg.) 2014: 15–30.
- Arson, Elliot/Wilson, Timothy D./Akert, Robin M. (2008): Sozialpsychologie. 6., akt. Aufl. Pearson Studium: München.
- Biehl, Heiko/Schoen, Harald (2015): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS.
- Biemer, Paul P. (2010): Overview of Design Issues: Total Survey Error. In: Marsden/Wright (Ed.) 2010: 27–57.
- Bortz, Jürgen (1999): Statistik für Sozialwissenschaftler. 5., vollst. überarb. u. akt. Aufl. Springer: Berlin/Heidelberg/New York.
- Brunner, Otto (Hrsg.) (1984): Geschichtliche Grundbegriffe: historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 5: Pro – Soz., 831–832.
- Bundesministerium der Verteidigung (2006): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, 13.
- Bundesministerium der Verteidigung (2013): Auftrag und Aufgaben (03.12.2013). <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DcLBDYAwwCADAWVwA_v7cQvujlhLSBg1Su77mDhP-jF4Vcr2MOu54nLrmCXkWhiecNZoT12AQH1Y6CRvQqOEkeLdt-QDDPuoC/> [08.07.2015].
- Bundesministerium der Verteidigung (2014): Nachhaltig finanziert: Verteidigungshaushalte 2014 im Bundestag beraten (10.04.2014). <http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYuxDsIwDET_yE4QC2xUIRCMXWi7pW0UGdVJZZyy9ONJBU6kN9zT4Yil0e0UnFKKbsUeh5mu0xcm3gO8U5ayAlOkj3qhzPiqn8XDnKLXsvVRqTCIOySwJdG1mixSDNCCg7FtY6z5xx6X5-ne9fZs2kft4cZ8-wHdyTJy/> [08.07.2015].
- Bundeswehr (2015a): Stärke: Militärisches Personal der Bundeswehr (30.06.2015). <<http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DcmxDYAwDATAWVgg7unYAUGC8kSWI4OMIesTXXm002D8SeWQy7jRSstshc-4p94L0hENCnXEGUvXXSuMKG8FwBd26TD9uIZiT//>> [13.07.2015].
- Bundeswehr (2015b): Einsatzzahlen – die Stärke der deutschen Einsatzkontingente (03.07.2015). <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKUVL3UzLzixNSSqlS93MziYqCK1Dy9qsSMnNQ8_YJsR0UAM9zP7w!!/> [08.07.2015].
- Bundeswehr (2015c): Die Bundeswehr bei der humanitären Hilfeleistung in Westafrika (Ebola) (02.04.2015). <http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKU1PjUzLzixJIqIDcxKT21ODkjJ7-4ODUPKpFaUpWql5qUn5OoX5DtqAgA0eZOBg!!/> [08.07.2015].
- Clement, Rolf (2014): Neuer Kurs in der Außenpolitik. In: Deutschlandfunk (01.02.2014). <http://www.deutschlandfunk.de/50-muenchner-sicherheitskonferenz-der-diskrete-charme-der.724.de.html?dram:article_id=276177> [09.07.2015].

- Daase, Christopher (2010): Sicherheitskultur im Wandel. Ein Forschungsprojekt an der Goethe-Universität Frankfurt, Statement auf der Veranstaltung des BMBF zur Vorstellung der Innovationsplattform „Gesellschaftliche Dimensionen der zivilen Sicherheitsforschung“, Bonn, 1.–2. Dezember 2010. <http://www.sicherheitskultur.org/fileadmin/files/Vortraege/2010-12-01_Vortrag.pdf> [24.06.2015].
- Daase, Christopher (2012): Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm. In: Daase/Offermann/Rauer (Hrsg.) 2012: 23–44.
- Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hrsg.) (2012): Sicherheitskultur: soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Deutsche Telekom/T-Systems (Hrsg.): Sicherheitsreport 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach. <<http://www.telekom.com/medien/konzern/243000>> [24.06.2015].
- Die Welt Online (2010): Die unbekanntenen Toten des Angriffs von Kundus (24.4.2010). <<http://www.welt.de/politik/ausland/article7308599/Die-unbekanntenen-Toten-des-Angriffs-von-Kundus.html>> [04.09.2014].
- Europäische Union (2015): Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine. Homepage des Europäischen Rates. <<http://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/>> [06.07.2015].
- Fiebig, Rüdiger (2012): Die Deutschen und ihr Einsatz – Einstellungen der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz. In: Seiffert/Langer/Pietsch (Hrsg.) 2012: 187–204.
- Friederichs, Hauke (2013): Wozu noch Kampfdrohnen? In: Zeit Online (28.10.2013). <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-10/bundeswehr-kampfdrohnen-afghanistan>> [04.09.2014].
- Gauk, Joachim (2014): Deutschlands Rolle in der Welt. Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen. Rede anlässlich der Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 in München. <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.pdf?__blob=publicationFile> [19.05.2015].
- Gebauer, Matthias (2009): Luftangriff auf Tanklaster: Protokoll der Alptrauernacht von Kunduz. In: Spiegel Online (26.11.2009). <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/luftangriff-auf-tanklaster-protokoll-der-alptrauernacht-von-kunduz-a-663681.html>> [12.08.2014].
- Gebauer, Matthias (2013): „Euro-Hawk“: Drohnen-Debakel belastet de Maizière. In: Spiegel Online (15.05.2013). <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/euro-hawk-drohnen-debakel-setzt-de-maiziere-unter-druck-a-900063.html>> [11.08.2014].
- Gebauer, Matthias/Najafizada, Shoib (2010): Einsatz in Kunduz: Bundeswehr liefert sich Feuergefecht mit Taliban. In: Spiegel Online (25.05.2010). <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/einsatz-in-kunduz-bundeswehr-liefert-sich-feuergefecht-mit-taliban-a-696599.html>> [12.08.2014].
- Gigerenzer, Gerd (2013): Risiko. Wie man die richtigen Entscheidungen trifft. München: Bertelsmann Verlag.
- Gusy, Christoph (2010): Sicherheitskultur – Sicherheitspolitik – Sicherheitsrecht. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, 93: 2, 111–128.

- Handelsblatt Online (2014): Sorge um Einsatzfähigkeit der Bundeswehr (22.9.2014). <<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ausruestungsmaengel-sorge-um-einsatzfaehigkeit-der-bundeswehr/10738486.html>> [07.07.2015].
- Haverkamp, Rita (2014): Grundzüge eines Sicherheitsbarometers in Deutschland. In: Hoch/Zoche (Hrsg.) 2014: 15–30.
- Hertreiter, Laura (2015): Wunsch nach höherem Wehretat. Umfrage: Angesichts der Weltkrisen ändert sich der Blickwinkel der Bürger. In: Süddeutsche Zeitung (17.03.2015), 5.
- Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hrsg.) (2014): Sicherheiten und Unsicherheiten. Schriftenreihe Zivile Sicherheit. Münster: Lit Verlag.
- Hummelsheim, Dina/Oberwittler, Dietrich (2014): Unsicherheitsgefühle und ihr Einfluss auf die Lebenszufriedenheit in Deutschland. In: Hoch/Zoche (Hrsg.) 2014: 53–74.
- Institut für empirische Medienforschung (2014): InfoMonitor TV-News 2014 Oktober. Ebola-Epidemie und Kampf gegen IS waren die Top-Nachrichtenthemen im Oktober. <<http://www.ifem.de/infomonitor/jahr-2014/tv-news-2014-oktober>> [07.07.2015].
- Jungholt, Thorsten (2014): Pannen und Peinlichkeiten bei der Bundeswehr. In: Die Welt Online (28.09.2014). <<http://www.welt.de/politik/deutschland/article132697723/Pannen-und-Peinlichkeiten-bei-der-Bundeswehr.html>> [07.07.2015].
- Krasmann, Susanne/Kreissl, Reinhard/Kühne, Sylvia/Paul, Bettina/Schlepper, Christina (2014): Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung der Terrorismusbekämpfung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, 13. Berlin.
- Krüger, Udo Michael (2006): InfoMonitor 2005: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Jahresbilanz 2005 des InfoMonitors. In: Media Perspektiven, Heft 2/2006, 50–74.
- Krüger, Udo Michael (2007): InfoMonitor 2006: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Strukturen, Themen und Politikerpräsenz. In: Media Perspektiven, Heft 2/2007, 58–82.
- Krüger, Udo Michael (2008): InfoMonitor 2007: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Ergebnisse der kontinuierlichen Analyse der Fernsehnachrichten. In: Media Perspektiven, Heft 2/2008, 58–83.
- Krüger, Udo Michael (2009): InfoMonitor 2008: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Themen, Ereignisse und Akteure in der Nachrichtenberichterstattung. In: Media Perspektiven, Heft 2/2009, 73–94.
- Krüger, Udo Michael (2010): InfoMonitor 2009: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Themen, Ereignisse und Akteure. In: Media Perspektiven, Heft 2/2010, 50–72.
- Krüger, Udo Michael (2011): InfoMonitor 2010: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Themen, Ereignisse und Akteure. In: Media Perspektiven, Heft 2/2011, 91–114.

- Krüger, Udo Michael (2012): InfoMonitor 2011: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Themen, Ereignisse und Akteure. In: Media Perspektiven, Heft 2/2012, 78–106.
- Krüger, Udo Michael (2013): InfoMonitor 2012: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Ereignisse, Themen und Akteure. In: Media Perspektiven, Heft 2/2013, 62–92.
- Krüger, Udo Michael (2014): InfoMonitor 2013: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat 1. Ereignisse, Themen und Akteure. In: Media Perspektiven, Heft 2/2014, 62–93.
- Krüger, Udo Michael (2015): Info-Monitor 2014: Internationale Themen dominieren die aktuelle Berichterstattung. Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1. In: Media Perspektiven, Heft 2/2015, 75–104.
- Lohse, Eckart (2013): Drohnen Debakel. „Keine Führungskultur“. In: Frankfurter Allgemeine Online (24.07.2013). <<http://www.faz.net/aktuell/politik/drohnen-debakel-keine-verantwortungskultur12294082.html>> [11.08.2014].
- Marsden, Peter V./Wright, James D. (Ed.) (2010): Handbook of Survey Research, 2nd Edition. Group Publishing Limited Emerald: Bingley.
- Maslow, Abraham (1943): A Theory of Human Motivation. In: Psychological Review, 50: 4, 370–396.
- Meier, Ernst-Christoph/Nelte, Klaus-Michael/Huhn, Walter (Hrsg.) (2008): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld. 7., vollst. überarb. Aufl. Hamburg/Berlin/Bonn: Mittler.
- Noll, Heinz-Herbert (1994): Zustand der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt Wohlbefinden der Bürger: Befunde zur subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 12, 5–8.
- R+V Versicherung (2014): Die Ängste der Deutschen 2014. Eine Studie des Infocenters der R+V Versicherung. <http://www.ruv.de/de/presse/r_v_infocenter/studien/aengste-der-deutschen.jsp> [24.06.2014].
- Schulze, Tobias/Winkelmann, Ulrike (2014): Münchner Sicherheitskonferenz. Plattitüden, Panzer und Polemik. In: taz.de (31.01.2014). <<http://www.taz.de/!5049519/>> [09.07.2015].
- Sedlmeier, Peter/Renkewitz, Frank (2013): Forschungsmethoden und Statistik für Psychologen und Sozialwissenschaftler. 2., akt. u. erw. Aufl. Pearson/Higher Education: München.
- Seiffert, Anja/Langer, Phil C./Pietsch, Carsten (Hrsg.) (2012): Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Spiegel Online (2013): Gescheitertes Drohnenprojekt: Die Chronik des „Euro-Hawk“-Debakels (05.06.2013). <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-chronik-des-euro-hawk-drohnen-debakels-von-2000-bis-heute-a-903676.html>> 11.08.2014].
- Spiegel Online (2014): Ausrüstungsmängel: Genscher hält Zustand der Bundeswehr für Zumutung (03.10.2014). <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/genscher-haelt-bundeswehr-maengel-fuer-zumutung-a-995205.html>> [07.07.2015].

- Süddeutsche Online (2012): NATO will ihre Versprechen in Afghanistan halten (22.05.2012). <<http://www.sueddeutsche.de/politik/gipfel-in-chicago-nato-will-ihre-versprechen-in-afghanistan-halten-1.1363258>> [12.08.2014].
- Werkhäuser, Nina (2013): Bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr. In: Deutsche Welle (02.05.2013). <<http://www.dw.de/bewaffnete-drohnen-für-die-bundeswehr/a-16785409>> [04.09.2014].
- Wiegold, Thomas (2014): Das harte Argument für Kampfdrohnen. In: Zeit Online (30.06.2014). <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-06/kampfdrohnen-debatte-bundestag/komplettansicht>> [04.09.2014].
- Windzio, Michael et al. (2007): Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung. Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006. Forschungsberichte/Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., 103. Hannover.
- WirtschaftsWoche (2015): Umfrage zur Bundeswehr. Jeder Zweite ist für höheren Wehretat (16.03.2015). <<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/umfrage-zur-bundeswehr-jeder-zweite-ist-fuer-hoeheren-wehretat/11510036.html>> [06.07.2015].
- Zeit Online (2009): Angriff in Afghanistan. Deutscher Offizier ließ auf Tanklastzüge feuern (05.09.2009). <<http://www.zeit.de/online/2009/37/afghanistan-bundeswehrtaliban/komplettansicht>> [12.08.2014].
- Zeit Online (2010): Tödliches Gefecht bei Kundus. Fallschirmjäger klagten über Mängel bei der Ausbildung (06.04.2010). <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-04/bundeswehr-kundus-ausstattung>> [12.08.2014].
- Zeit Online (2014): Von der Leyen gesteht schwere Ausrüstungsmängel ein (06.10.2014). <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-10/von-der-leyen-bundeswehr-ausruestung-maengel>> [07.07.2015].

Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) ist aus dem ehemaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) am Standort Potsdam und dem ehemaligen Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) mit Sitz in Strausberg hervorgegangen. Damit ist aus zwei renommierten Wissenschaftseinrichtungen mit langjähriger Tradition ein neues wissenschaftliches Zentrum in Potsdam entstanden. Das ZMSBw betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Zu den Autoren:

Dr. Heiko Biehl, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Chariklia Höfig, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Meike Wanner, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.